

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 65/2005

Steffen Kailitz

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland Auf dem Weg zur „Volksfront“?

Sankt Augustin, April 2005

ISBN 3-937731-44-X

Redaktionelle Betreuung: Anne Halbey-Muzlah

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Inhalt

	Zusammenfassung	7
1.	Einleitung	8
1.1.	Fragestellung und Aufbau	8
1.2.	Was ist Rechtsextremismus?	10
2.	Rechtsextremistische Parteien	13
2.1.	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	13
2.2.	Deutsche Volksunion (DVU)	22
2.3.	Die Republikaner (REP)	29
3.	Neonationalsozialisten und Skinheads	39
3.1.	Neonationalsozialisten	39
3.2.	Skinheads	48
4.	Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2004	53
4.1.	Die NPD und die Landtagswahlen in Sachsen	53
4.2.	Die DVU und die Landtagswahlen in Brandenburg	59

5.	Ursachen der Wahl rechtsextremistischer Parteien	62
5.1.	Politische Unzufriedenheit	62
5.2.	Sympathie für rechtsextreme Ideologie	63
5.3.	Soziale Umbrüche	66
5.4.	Autoritäre Reaktion auf libertäre Entwicklung	68
6.	Auf dem Weg zur rechtsextremen „Volksfront“?	71
6.1.	Verhältnis der NPD zur DVU	71
6.2.	Verhältnis der NPD zu Neonationalsozialisten und Skinheads	74
6.3.	Verhältnis der REP zu NPD und DVU	79
7.	Schlussbetrachtung	84
	Der Autor	90
	Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	90

Zusammenfassung

Die Studie arbeitet Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Ideologie von NPD, DVU und REP sowie Neonationalsozialisten und Skinheads heraus. Während die Fremdenfeindlichkeit alle Rechtsextremisten eint, zeigen sich Unterschiede im Grad der Demokratiefeindschaft sowie der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen. NPD und Neonationalsozialisten wollen die deutsche Demokratie aktiv umstürzen. Die REP und die DVU befürworten Positionen, die zu einer Beschädigung der Demokratie führen würden, äußern aber nicht den Wunsch nach einem „Systemumsturz“.

Sind NPD und Neonationalsozialisten eher antikapitalistisch eingestellt, befürworten die REP deutlich die Marktwirtschaft. Die DVU lässt sich wegen fehlender Äußerungen kaum verorten. Die Erfolge von DVU und NPD bei den Landtagswahlen 2004 in Brandenburg und Sachsen werden als – von der Diskussion um Hartz IV gespeiste – „Strohfeuer“ und nicht als der Beginn eines rechtsextremen „Flächenbrands“ gedeutet. Ein Erfolg des Wahlbündnisses aus NPD und DVU bei den Bundestagswahlen 2006 erscheint unwahrscheinlich.

1. Einleitung

1.1. Fragestellung und Aufbau

„NPD plant Volksfront von rechts“¹, „Großangriff der Rechten“² lauteten die Schlagzeilen des Spätherbstes 2004. Der Mitte des Jahres 2004 vorgelegte Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2003 beinhaltete dagegen noch folgende Zwischenüberschriften: „NPD in Orientierungsphase“, „Stagnation bei der DVU“, „Niedergang der REP“, „Intellektualisierungsbemühungen erfolglos“.³

Übergreifend möchte diese Studie zunächst folgende Frage beantworten: Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten bestehen zwischen der ideologischen Ausrichtung der drei rechtsextremistischen Parteien, den Neonationalsozialisten und den Skinheads?

Mit Blick auf die aktuelle Lage sind folgende Fragen zu beantworten: Droht derzeit wirklich ein „Großangriff der Rechten“? Besteht die Gefahr, dass sich der Rechtsextremismus in Deutschland zu einer „Volksfront“ auswächst? Hat das Bündnis von NPD und DVU Chancen, bei der Bundestagswahl 2006 in den Bundestag einzuziehen? Erscheint das Bündnis zwischen DVU, NPD und neonationalsozialistischen „Kameradschaften“ als stabil oder brüchig? Wie steht es um die „Republikaner“? Werden sie sich dem Bündnis von NPD und DVU anschließen?

1 Vgl. Welt vom 1. November 2004.

2 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 31. Oktober 2004.

3 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2003, Berlin 2004, S. 23 f.

Die folgenden Ausführungen behandeln den Bereich der fremdenfeindlichen Gewalttaten eher beiläufig, in erster Linie geht es um die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus. Nachdem die Studie zunächst den Begriff „Rechtsextremismus“ klärt, zeichnet sie die Entwicklung der drei rechtsextremen Parteien NPD, DVU und REP nach. Das Kapitel zielt darauf ab, den aktualitätsfixierten Blick der derzeitigen Mediendebatte um den Rechtsextremismus zu weiten und die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien bei den Landtagswahlen im September 2004 in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Es folgt eine Analyse der Entwicklung des neonationalsozialistischen Spektrums und der Skinheadszene. Der vierte Teil beschäftigt sich mit dem Agieren von NPD und DVU vor und nach den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg im September 2004. Das fünfte Kapitel widmet sich den Ursachen der Wahl rechtsextremer Parteien wie der NPD und DVU. Dabei wird eine Brücke geschlagen von den theoretischen Ansätzen zu den Ergebnissen der Auswertung der Wählerschaft von NPD und DVU in Brandenburg und Sachsen. Nicht zuletzt geht es um die Frage, ob die Wähler rechtsextremer Parteien vorrangig ihre politische Unzufriedenheit kundtun oder ihrer rechtsextremen Gesinnung Ausdruck verleihen. Der sechste Teil beschäftigt sich mit der Entwicklung der Beziehung der derzeitigen Bündnispartner NPD und DVU, dem Verhältnis der NPD zu Neonationalsozialisten und Skinheads sowie mit der Haltung der REP zu den beiden rechtsextremen Konkurrenten DVU und NPD. Im Mittelpunkt der Schlussbetrachtung stehen die Antworten auf die Fragen, die in der Einleitung aufgeworfen wurden.

1.2. Was ist Rechtsextremismus?

Der Rechtsextremismus ist wie der Linksextremismus⁴ ein Teil des politischen Extremismus. Zum Spektrum des „politischen Extremismus“ gehören politische Bewegungen und Personen, deren Ideologie und Aktionen sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat und dessen grundlegende Werte und Verfahrensregeln richten.⁵ Gelangen politische Extremisten an die Macht, beseitigen sie den demokratischen Verfassungsstaat und errichten eine autoritäre oder totalitäre Diktatur.⁶ Alle Extremisten glauben an die Möglichkeit einer homogenen Gemeinschaft, in der eine Interessenidentität zwischen Regierenden und Regierten besteht. Selbst wenn nur eine verschwindend geringe Minderheit der Bevölkerung ihre Auffassungen teilt, rücken extremistische Strömungen nicht von dem überheblichen Glauben ab, sie verträten die wahren Interessen des Volkes.

Rechtsextremistisch ist jede Gruppierung und Person, die aus rassistischen (Nationalsozialisten) oder kulturellen (Deutsch-Nationalisten) Gründen bestimmten Teilen der Bevölkerung, vor allem Ausländern und Staatsbürgern ausländischer Abstammung, keine oder nur stark eingeschränkte Rechte zubilligen und diese aus dem Land treiben will. Die einen stellen die „Volksgemein-

⁴ Vgl. zum Linksextremismus u.a. Jürgen Lang/Patrick Moreau, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996.

⁵ Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe 1996, Bonn 1996, S. 40-60; Carmen Everts, Politischer Extremismus – Nur ein Kampfbegriff? Eine extremismustheoretische Begriffsbestimmung und Anwendbarkeitsprüfung am Beispiel der Partei „Die Republikaner“ und der „Partei des demokratischen Sozialismus“, Berlin 2000; Steffen Kailitz, Politischer Extremismus. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.

⁶ Vgl. u.a. Juan José Linz, Totalitäre und autoritäre Regime, Berlin 2000.

schaft“ in den Mittelpunkt ihres Denkens, die anderen die Nation. Allen Rechtsextremisten gemeinsam ist das Streben nach einer ethnisch homogenen Gemeinschaft. Politische Gewalttaten aus diesem Spektrum richten sich in erster Linie gegen Zuwanderer und Angehörige ethnischer Minderheiten.

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen rechtsextremen Parteien in Europa ist sich die Forschung nicht einig, ob es sich um eine Parteienfamilie wie etwa die christdemokratische handelt oder vielmehr um zwei, nämlich eine alte extreme Rechte, die in den Schuhen der faschistischen und nationalsozialistischen Parteien steht, und eine neue extreme Rechte, die ideologisch ein neues Kapitel aufgeschlagen hat.⁷ Als ideologischer Unterschied kann gelten, dass die so genannte alte extreme Rechte nicht nur anti-kommunistisch, sondern auch antibürgerlich und antikapitalistisch eingestellt ist. Die neue extreme Rechte gibt sich dagegen bürgerlicher und wird von Forschern wie Herbert Kitschelt als marktliberal charakterisiert.⁸ Beispiele für diese Parteienfamilie sind der französische „Front National“ und die deutschen „Republikaner“. Der letzte bedeutende Vertreter der alten extremen Rechten war in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts der „Movimento Sociale Italiano“. Aber selbst diese letzte Bastion der alten extremen Rechten wollte schließlich nicht mehr als neofaschistisch, sondern als postfaschistisch gelten. Gegen den Trend wandte sich nur die

⁷ Vgl. u.a. Hans-Georg Betz, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, London 1994; Piero Ignazi, *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford/New York 2003; Herbert Kitschelt (in Zusammenarbeit mit Anthony J. McGann), *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995; Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*, Wiesbaden 1998; Cas Mudde, *The Ideology of the Extreme Right*, Manchester/New York 2000.

⁸ Vgl. Kitschelt (Anm. 7).

deutsche NPD, die seit den 90er Jahren immer deutlicher an das Gedankengut des Nationalsozialismus anknüpft.

2. Rechtsextremistische Parteien

2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD trat 1964 an, das zersplitterte rechtsextreme Lager zu einen.⁹ Das gleichlautende heutige Ziel ist also keineswegs eine gänzlich neue Idee der Parteispitze im 21. Jahrhundert. Zunächst führte Friedrich Thielen die Partei. Ihr damaliges Programm ließ sich klar der deutsch-nationalen Richtung des Rechtsextremismus zuordnen. Zu den höchsten Werten der Partei zählten Nation, Staat und Volk. Mitte der sechziger Jahre besetzte die NPD in sieben Landtagen 61 Abgeordnetenstühle. Bei den Bundestagswahlen 1969 scheiterte die Partei mit 4,3 Prozent.

Die Partei geriet nun in eine Krise. Im gleichen Maße wie die Zahl der Mitglieder und Anhänger schmolz, radikalisierte sich der Kurs. So machte die wesentlich von der NPD getragene „Aktion Widerstand“ und vor allem ihr Umfeld nicht nur durch Hetzparolen wie „Brandt an die Wand“, sondern auch durch Anschläge gegen die sowjetische Botschaft, eine DKP-Redaktion in Hamburg und ein DGB-Büro in Berlin Front gegen die Ostpolitik der SPD-FDP-Koalition. In den siebziger Jahren verbreitete sich in den Reihen der NPD zunehmend Resignation. Die Mitgliederzahl sank von 1969 bis 1979 von 28.000 auf 8.000.

⁹ Vgl. Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a.M. 1999.

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung der NPD 1965-1979

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1965	13.700	1970	21.000	1975	10.800
1966	25.000	1971	18.300	1976	9.700
1967	28.000	1972	14.500	1977	9.000
1968	27.000	1973	12.000	1978	8.500
1969	28.000	1974	11.500	1979	8.000

Quelle: Franz Groß/Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik seit 1960. Dokumentation und Analyse von Verfassungsschutzberichten, München 1982, S. 20.

In den achtziger und neunziger Jahren gelangen der Partei lediglich lokale Achtungserfolge. Auf Länder- und Bundesebene stand die Partei aber im Schatten der Erfolge der REP und der DVU. Ihre besten Ergebnisse erreichte sie mit Unterstützung der rechtsextremen Zeitungen Gerhard Freys, des Parteivorsitzenden der DVU, 1988 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit 2,1 Prozent und in Schleswig-Holstein mit 1,2 Prozent. In die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zog die NPD 1989 mit 6,6 Prozent der Stimmen ein.

Anfang der neunziger Jahre brodelte es wegen der unbefriedigenden Wahlergebnisse in der Partei. Auf dem Bundesparteitag 1991 forderten der Vorsitzende Martin Mußnug und sein Stellvertreter Jürgen Schützing ein Aufgehen der „abgewirtschafteten“ Partei in der „Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte“. Günter Deckert und seine Gefolgsleute, Anhänger einer „national-revolutionären“ Linie, wehrten sich erfolgreich dagegen. Die Kampf Abstimmung über das Amt des Vorsitzenden zwischen Mußnug und Deckert war auch eine Wahl des künftigen Kurses. Deckert gewann,

Mußnug und Schützingen verloren und verließen mit ihren Anhängern die NPD.¹⁰ Den Verein „Deutsche Allianz“ funktionierten sie noch 1991 zur Wahlpartei „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ um.

Deckert brachte die Reste der NPD auf „national-revolutionären“ Kurs und machte sie zum Sprachrohr des „Revisionismus“.¹¹ Unter seiner Führung begannen Teile der NPD die NS-Verbrechen zu leugnen. Zugleich begann eine ideologische Radikalisierung in Richtung Neonationalsozialismus. Der Vorposten war die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). So beteiligten sich Mitglieder der JN seit August 1992 an der „Rudolf-Heß-Aktionswoche“.

Nach einer Verurteilung Deckerts wegen der Leugnung des Holocaust entthronte ihn 1995 das Bundespräsidium der NPD kurz vor dem Antritt seiner Gefängnisstrafe seines Amtes. Deckerts Nachfolger als Parteivorsitzender, Udo Voigt, baute die Verbindungen zum neonationalsozialistischen Spektrum aus.¹² Inzwischen gehören Neonationalsozialisten wie Jens Pühse, ehemals Kader der verbotenen „Nationalistischen Front“ und vorbestraft wegen der

¹⁰ Vgl. Peter M. Wagner, Die NPD nach der Spaltung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 157-167.

¹¹ Den Begriff „Revisionist“ verwenden Rechtsextremisten selbst zur Bezeichnung von Personen, die NS-Verbrechen verharmlosen oder leugnen. Die Wissenschaft hat, was durchaus problematisch ist, diesen Begriff übernommen. Die Bagatellisierung oder Leugnung von NS-Verbrechen ist bei den meisten Strömungen des Rechtsextremismus zu finden. Sie unterscheiden sich jedoch bedeutend im Ausmaß der Verharmlosung.

¹² Vgl. zur Entwicklung der NPD: Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 146-166; Michael Schmitz, Die NPD in den Verfassungsschutzberichten 1995-1999, Sankt Augustin 2000.

Teilnahme an dem nicht genehmigten „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ 1996 in Worms, und Frank Schwerdt, ehemals Vorsitzender der „Nationalen“ zum Bundesvorstand der NPD. Schwerdt ist neben seiner Funktion als Bundesgeschäftsführer der NPD seit April 2001 Landesvorsitzender der NPD Thüringen, er ist für den Internetauftritt der NPD verantwortlich und hatte bei der Bundestagswahl 2002 den Spitzenplatz auf der NPD-Liste inne. Von 1998 an gehörte Steffen Hupka dem Bundesvorstand als Zuständiger für den Bereich „Schulung“ an und er führte den Landesverband Sachsen-Anhalt. Hupka war seit 1983 in neonationalsozialistischen Kreisen aktiv, zunächst in Michael Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), später in der „Nationalistischen Front“ und der „Direkten Aktion/Mitteldeutschland“. 2001 schloss die NPD Hupka wegen parteischädigenden Verhalten aus, inzwischen würde sie aber die Rückkehr Hupkas in die Partei begrüßen.¹³

Seit dem Parteiprogramm vom Dezember 1996 bekennt sich die NPD zum nationalsozialistischen Prinzip der Volksgemeinschaft: „Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. Politische Ordnungsformen müssen so geordnet sein, dass sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln“.¹⁴ Verhasst sind der NPD und ihren Mitgliedern vor allem die USA. Der Titel des Wahlprogramms bei den Europawahlen 2003 lautete: „Europäische Frei-

¹³ Vgl. Astrid Giesler, NPD holt geschasste Neonazis heim, in: die tageszeitung vom 27. Dezember 2004; Tomas Sager, Wiederannäherung. Der seit knapp drei Jahren schwelende Konflikt zwischen den „Freien“ um Christian Worch und der NPD scheint beendet, <http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012005/wiederannaeherung/> (Stand: 9. Januar 2005).

¹⁴ NPD-Programm von 1997.

heit statt US-Imperialismus“.¹⁵ Für den Autor eines Artikels der „Deutschen Stimme“ waren „die Amerikaner niemals ein ‚Volk‘ als organische Abstammungs-, Kultur- und Solidargemeinschaft“ – wie die Deutschen –, sondern bloß eine Ansammlung von Sozialatomen und durchrassten Mutanten“.¹⁶

Wie andere extremistische Gruppierungen hat die NPD in den letzten Jahren die Globalisierung als neues Thema entdeckt.¹⁷ Populistisch brachte Jürgen Gansel, im Parteivorstand der NPD für das „Referat Parteipresse“ zuständig und inzwischen Landtagsabgeordneter der NPD in Sachsen, im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ im September 2004 das Wesen der Polemik gegen die Globalisierung auf den Punkt: „Erst recht in der Globalisierungsära, in der es für das Volk immer weniger zu verteilen gibt, muss ein jeder Inländer mit gesundem Selbsterhaltungsinstinkt ein sogenannter ‚Ausländerfeind‘ sein. In Zeiten wie den unseren ist nationale Solidarität (‚Deutsches Geld für deutsche Menschen‘) mehr denn je das Gebot der Stunde.“¹⁸ Außenpolitisch erhebt die NPD die das rechtsextreme Spektrum einende Forderung nach einer „Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge“.¹⁹ Die Staatsform, die die NPD anstrebt, ist

¹⁵ Vgl. Europäische Freiheit statt US-Imperialismus. Programm der NPD zu den Europawahlen 2004, http://www.npd.de/npd_startseiten/europa-programm.html (Stand: 8. Januar 2004).

¹⁶ Deutsche Stimme 4/2003, S. 7.

¹⁷ Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 98-135.

¹⁸ Jürgen W. Gansel, Was lange gärt, wird endlich Wut. In Mitteldeutschland kommt es zur Neuauflage der Montagsdemonstrationen, in: Deutsche Stimme, 9/2004.

¹⁹ NPD-Programm von 1996.

ein autoritärer Präsidentialismus mit plebiszitären Einsprengeln. Die wirtschaftliche Freiheit plant die NPD unter dem Etikett einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ wesentlich einzuschränken.²⁰

Das Etikett „Verfassungsfeindlichkeit“, gegen das sich REP und DVU wehren, heftet sich die NPD mit Stolz an die Brust. So erklärte Holger Apfel, damals JN-Bundesvorsitzender und heute Fraktionsführer der NPD im sächsischen Landtag 1998: „[W]ir sind stolz darauf, dass wir alljährlich in den bundesdeutschen Verfassungsberichten stehen [...] Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich!“²¹ Drohend verkündete Udo Voigt zum 35jährigen Jubiläum der Partei: „Unser revolutionärer Kampf fängt jetzt erst richtig an“.²² In diesem Kampf münzt die Partei berüchtigte Parolen der NSDAP auf gegenwärtige Themen um. So rief die NSDAP am 1. April 1933 zum Boykott jüdischer Geschäfte mit folgender berüchtigter Parole auf: „Deutsche wehrt Euch! – Kauft nicht bei Juden!“ Provokant griff die NPD den Slogan auf und verbreitete im September 2003 auf Aufklebern, Flugblättern und Transparenten flächendeckend die Parole „Deutsche wehrt euch – Nein zum EU-Beitritt der Türkei!“

Gesellschaftlich schien die NPD mit ihrer neonationalsozialistischen Programmatik bis zum Herbst 2004 isoliert. So erreichte sie in den westlichen Bundesländern bei den Landtagswahlen zwischen 1996 und 2004 zwischen 0,1 und 1,0 Prozent und bei den Bundes- und Europawahlen zwischen 1998 und 2002 zwischen 0,3 und 0,4 Prozent der Stimmen. In den östlichen Bundesländern

²⁰ Vgl. etwa die Aussagen des Parteivorsitzenden Udo Voigt in einem Interview mit der Berliner Zeitung vom 29. Oktober 2004.

²¹ Holger Apfel zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn 1999, S. 55.

²² Udo Voigt, Mit der NPD auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Grosse steht im Sturm. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN – Geschichte einer jungen Partei, Stuttgart 1999, S. 475.

waren die Ergebnisse der NPD etwas höher als im Westen (Mecklenburg-Vorpommern 1998: 1,1 Prozent; Sachsen 1999: 1,4 Prozent). Die NPD verzeichnete zwischen 1996 und 1998 einen beachtlichen Zuwachs von 3.500 auf 6.000 Mitglieder. Seither stagniert die Zahl. Neue, vor allem junge männliche Mitglieder liefen der NPD nur in den östlichen, nicht in den westlichen Bundesländern zu. Besonders stark war der Zuwachs in Sachsen. Zeitweilig zählte der Landesverband 1.400 Mitglieder.

Tabelle 2: Mitgliederentwicklung der NPD 1980-2004

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1980	7.200	1989	7.000	1998	6.000
1981	6.500	1990	6.500	1999	6.000
1982	6.000	1991	6.100	2000	6.500
1983	6.000	1992	5.000	2001	6.500
1984	6.100	1993	5.000	2002	6.100
1985	6.100	1994	4.500	2003	5.000
1986	6.100	1995	4.000	2004	steigend
1987	6.200	1996	3.500		
1988	6.400	1997	4.300		

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes. Für 2004 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor. Diese werden erst mit der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes des Bundes im Mai 2005 bekannt gegeben. Die Angabe der Tendenz der Entwicklung beruht auf eigenen Einschätzungen.

Die NPD vertritt strategisch ein „Drei-Säulen-Konzept“, das den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Köpfe“ und den

„Kampf um Parlamente“ umfasst.²³ Aufmerksamkeit erregte die NPD bis zum Herbst 2004 nicht durch ihre mageren Wahlergebnisse oder durch intellektuell anspruchsvolle Schriften, sondern durch martialische Demonstrationen als Speerspitze einer „Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“ (NAPO). Ihren öffentlichkeitswirksamsten Auftritt hatten die NPD und ihr Umfeld mit einer Demonstration im März 1997 gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht“ mit rund 5.000 Teilnehmern. Seit den siebziger Jahren war es Rechtsextremisten nicht mehr gelungen, so viele Menschen auf die Straßen zu bringen.

Die Mehrheit des nicht-nationalsozialistischen rechtsextremen Spektrums reagierte – zunächst – mit Unverständnis auf die Radikalisierung der NPD. Nach dem Beginn der Diskussion um ein Verbot der NPD im Jahr 2000, bemühte sich der Bundesvorstand der Partei zunächst, nicht noch Öl ins Feuer zu gießen. Viele Aktivisten weigerten sich jedoch, Kreide zu fressen. Der schleswig-holsteinische Landesverband wählte im Oktober 2000 zunächst den Neonationalsozialisten Jürgen Gerg zum Vorsitzenden. Nachdem der Bundesverband einen „organisatorischen Notstand“ über den Landesverband verhängt hatte, wurde eine Neuwahl erforderlich. Deren Ergebnis machte die Radikalisierung der Partei aber noch deutlicher. Ans Ruder kommen sollte nun der ehemalige, wegen Gewalttaten vorbestrafte Skinhead und bekennende Neonationalsozialist Peter Borchert. Allein im Jahr 2000 nahm die Polizei Borchert wegen illegalen Waffenbesitzes und der Teilnahme an einer verbotenen „Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung“ fest. 2003 kam es zu einem Ausgleich zwischen dem militant neonationalsozialistischen Flügel um Borchert und dem im Vergleich dazu gemäßigteren Flügel um Ingo Stawitz, der

²³ Vgl. Strategiepapier des NPD-Parteivorstandes, Das strategische Konzept der NPD, in: Ebd., S. 356-360.

Nachfolger Borcherts als Landesvorsitzender wurde. Eine Großaktion gegen die militant neonationalsozialistische Gruppe „Combat 18 Pinneberg“ im Oktober 2003 brachte zahlreiche Waffendelikte des ehemaligen Vorsitzenden des NPD-Landesverbands Schleswig-Holstein ans Licht. Seit April 2004 verbüßt Borchert eine dreieinhalbjährige Haftstrafe.

2001 reichten Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag Verbotsanträge gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht ein. Zu ihrem Anwalt machte die Partei den inzwischen zum Rechts-extremisten gewendeten ehemaligen RAF-Terroristen Horst Mahler. Im August 2000 trat er in die NPD ein und legte eine umfangreiche Erwiderung auf den Verbotsantrag vor.²⁴ In keinem Parteitext der NPD fanden sich bis dahin derart viele aggressiv antisemitische Äußerungen wie in der Schrift Mahlers. So heißt es in der Stellungnahme: „Die Zerstörung der Völker durch das jüdische Prinzip ist notwendig begleitet von der gewaltfundierte Bildung von Mikro-Ethnien (Banden, mafiotischen Verbrecherorganisationen, milizionäre Strukturen im politischen Parteienkampf, parastaatliche religiöse Sekten usw.).“²⁵ Der NPD schadeten die Ausführungen Mahlers nicht. Bald konzentrierte sich die Diskussion über das Verfahren auf einen anderen Punkt: die Vertrauensmänner des Verfassungsschutzes. Die Enthüllungen waren für die NPD im Verfahren zwar nützlich, zugleich wirkte die Partei aber erschüttert angesichts der Erkenntnis, dass einige ihrer Spitzenfunktionäre wie der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Udo Holtmann zumindest zeitweilig ihre Parteigenossen bespitzelten.

²⁴ Vgl. Horst Mahler, Antrag auf Ablehnung des Verbotsantrags der Bundesregierung, Berlin 2001.

²⁵ Ebd.

Am 18. März 2003 stellte das Bundesverfassungsgericht das Verbotsverfahren gegen die NPD ein, weil nicht die zur Fortführung notwendige Zweidrittelmehrheit der Richter des zuständigen Zweiten Senats zustande kam. Drei der sieben Richter des Senats hielten den Einsatz von V-Leuten auf Vorstandsebene vor und sogar noch während des Verfahrens für unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren. Vier Richter waren dagegen der Meinung, dass die Beobachtung kein Verfahrenshindernis darstelle und die anderen drei Richter die Belange eines präventiven Verfassungsschutzes nicht hinreichend berücksichtigten.²⁶

2.2. Deutsche Volksunion (DVU)

Gerhard Frey, finanzkräftiger Verleger der „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ (Auflage ca. 48.000), gründete 1971 die DVU als überparteiliche, „national-freiheitliche“ Sammlungsbewegung.²⁷ Sie vertritt seither einen traditionellen Deutsch-Nationalismus. Im Umfeld der DVU installierte Frey 1979 so genannte Aktionsgemeinschaften wie die „Aktion Oder-

²⁶ Vgl. Lars Flemming, Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 15, Baden-Baden 2003, S. 159-176.

²⁷ Vgl. zur bisherigen Entwicklung der DVU: Gerhard Hertel, Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen, München 1998; Stefan Mayer, Zehn Jahre Deutsche Volksunion als politische Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 10, Baden-Baden 1998, S. 184-198; Britta Obszerninks/Matthias Schmidt, DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster 1998. Zur Person Gerhard Freys vgl. Stefan Meyer, Biographisches Porträt: Gerhard Michael Frey, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 14, Baden-Baden 2002, S. 169-181.

Neiße“ und die „Initiative für Ausländerbegrenzung“. Frey engagierte sich zunächst parallel in der NPD und kandidierte 1975 – erfolglos – für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei. Wohl auch weil Frey der Weg an die Spitze der NPD versagt blieb, strebte er eine eigene Parteigründung an. Im März 1987 trat die Partei „DVU-Liste D“²⁸ an die Seite des Vereins DVU. Sie forderte in ihrem knappen, zunächst nur einseitigen Programm: „Begrenzung des Ausländeranteils, Stopp dem zunehmenden Ausländerzustrom, Beschleunigung der Asylverfahren, Ausweisung von kriminellen Ausländern“.²⁹ Als Motto diente die Formel „Deutschland zuerst“. Ein programmatischer Schwerpunkt war zudem die Verfeinerung der Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit und die Einebnung des Genozids an den europäischen Juden mit – tatsächlichen und vermeintlichen – alliierten Kriegsverbrechen an den Deutschen. Diesen Schwerpunkt unterstrich die Partei, in dem sie Vortragsreisen von Holocaustleugnern wie Arthur Butz und David Irving finanzierte.

Modifikationen des Programms im Laufe der Parteigeschichte – zuletzt 1993 – änderten nichts an seinem Kern.³⁰ Stärker als zuvor polemisierte die DVU in der Programmfassung von 1993 gegen die Auflösung Deutschlands „in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer Europäischen Union“. Ihr demonstratives, formales Bekenntnis zum Grundgesetz konterkarierte die DVU durch die programmatische Ausrichtung. Deutlicher als im Parteiprogramm zeigt sich die rechtsextremistische Ausrichtung in den inoffiziellen Parteiorganen, der „Deutschen National-Zeitung“ und der „Deutschen Wochen-Zeitung“, die 1999 zur

28 Der Zusatz „Liste D“ wurde 1991 aus dem Parteinamen gestrichen.

29 Programm der DVU-Liste D (1987), in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III: Dokumentation, Köln 1989, S. 95.

30 Vgl. ebd., S. 96.

„National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ fusionierten. Heftig und häufig polemisieren die Artikel gegen Vergangenheitsbewältigung und Ausländer.

Die Partei arbeitete zunächst eng mit der NPD zusammen. Auf Anhieb erreichte die DVU 1987 in einem Wahlbündnis mit der NPD bei der Bremer Bürgerschaftswahl 3,4 Prozent der Stimmen.³¹ Dies leitete nach den rechtsextremen Wahlerfolgen der SRP in den fünfziger und der NPD in den sechziger Jahren eine neue Welle rechtsextremer Achtungserfolge bei Wahlen ein. Trotz eines enormen Aufwands für den Wahlkampf zur Europawahl 1989 blieb das Bündnis von DVU und NPD mit 1,6 Prozent im Schatten des Erfolgs der REP (7,1 Prozent). Nach dem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl 1990 trennten sich die Wege von DVU und NPD bis 2004.

Weitere Erfolge der DVU waren das Erreichen von 6,2 Prozent bei den Landtagswahlen 1991 in Bremen und 1992 von 6,3 Prozent in Schleswig-Holstein. 1996 scheiterte die DVU in Schleswig-Holstein mit 4,3 Prozent knapp und 1997 in Hamburg mit 4,97 Prozent haarscharf an der Fünf-Prozent-Hürde. Vor 1998 trat die DVU in den östlichen Bundesländern nicht an. Erst in diesem Jahr sah Frey bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt Chancen für einen Parlamentseinzug seiner Partei. Die Parolen der DVU richteten sich in erster Linie gegen die demokratischen Politiker: „Nicht das Volk – die Politbonzen sollen stempeln gehen!“ und „Deutsche lasst euch nicht zur Sau machen. DVU – Der Protest bei der Wahl gegen Schweinereien von oben“. Unverhohlen buhlte sie mit dem Slogan „Protest wählen – Deutsch wählen“ um die Gunst potentieller Protestwähler. Die Partei säte auf fruchtbarem Boden und konnte mit 12,9 Prozent ihren größten Erfolg feiern. Dies ist das höchste Ergebnis einer rechtsextremen Partei in

31 Auf der Liste für die Europawahl fand sich u.a. der NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug.

der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die DVU zog zudem als erste rechtsextreme Partei in ein ostdeutsches Parlament ein. Der Erfolg zog neue Mitglieder an. So ließ sich Franz Schönhuber von seinem früheren Intimfeind Frey für die DVU anwerben. Bei den Bundestagswahlen 1998 wie bei der Europawahl 1999 sollte er auf einem Spitzenplatz der DVU-Liste stehen. Der begabte Redner Schönhuber stellte seine Stimme im Bundestagswahlkampf aber nicht in den Dienst der DVU. Nach dem Scheitern der Partei bei den Bundestagswahlen (1,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (2,9 Prozent) verzichtete Schönhuber auf weitere Kandidaturen. Aber auch weitere ehemalige REP-Funktionäre, die mit dem Abgrenzungskurs Schlierers haderten, kandidierten nun für die DVU, so unter anderem die ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Rudolf Krause und Otmar Wallner³² sowie der ehemalige Vorsitzende des Schiedsgerichts der REP, Hartmut Koch.

Bei den Wahlen in Brandenburg konnte die DVU 1999 ebenfalls mit 5,3 Prozent der Stimmen in den Landtag einziehen. In Bremen gelangte sie mit landesweiten drei Prozent aufgrund ihres Wahlergebnisses in Bremerhaven (6 Prozent) zum dritten Mal in die Bürgerschaft. Beim Thüringer Urnengang im September 1999 erlitt die Partei mit 3,1 Prozent der Stimmen einen Rückschlag, hatte sie doch große finanzielle Mittel eingesetzt und mit einem sicheren Einzug in den Landtag gerechnet. Die DVU ist im rechtsextremen Spektrum die mitgliederstärkste Partei, allerdings mit stark abnehmender Tendenz (1992: ca. 26.700 Mitglieder; 2003: ca. 11.500 Mitglieder). Der Erfolg in Sachsen-Anhalt konnte den Trend nur kurzzeitig unterbrechen. Die Mehrzahl der Mitglieder sind zudem „Karteileichen“.

³² Im Herbst 1999 wechselte Wallner schließlich zur NPD.

Tabelle 3: Mitgliederentwicklung der DVU 1987-2004

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1987	14.500	1993	26.000	1999	17.000
1988	18.500	1994	20.000	2000	17.000
1989	25.000	1995	15.000	2001	15.000
1990	22.000	1996	15.000	2002	13.000
1991	24.000	1997	15.000	2003	11.500
1992	26.000	1998	18.000	2004	stagnierend

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes. Für 2004 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor. Diese werden erst mit der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes des Bundes im Mai 2005 bekannt gegeben. Die Angabe der Tendenz der Entwicklung beruht auf eigenen Einschätzungen.

Ihrem Vorsitzenden schuldet die Partei ständig mehrere Millionen Euro. Das kaum vorhandene Parteileben ist nicht demokratisch organisiert. Entscheidungen trifft Frey im Alleingang. Die Kandidaten für die Wahllisten der Partei werden in der Regel nicht gewählt, sondern durch ihn bestimmt.

Die 15 Landesverbände (Berlin und Brandenburg bilden gemeinsam einen Verband) können trotz der hohen Mitgliederzahl nur auf wenige politische Aktivisten zurückgreifen. Die Münchener Parteizentrale informiert die Landesvorstände dabei in der Regel nicht über Zu- und Abgänge der Partei. Es lässt sich darüber streiten, ob die DVU überhaupt die Kriterien einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes erfüllt. Fast ausschließlich bei Wahlen erscheint das „Phantom“ mit Wahlplakaten und Flugblättern, fast nie mit Personen. Das einzig nennenswerte Zeichen eines Parteilebens war die seit 1982 jährlich in Passau organisierte „Großkundgebung der Nationalfreiheitlichen“. Seit 2002 verzichtete die

Partei auf dieses stets von Frey dominierte Treffen, nachdem die Teilnehmerzahl von 2.200 im Jahr 2000 auf 1.200 im Jahr 2001 eingebrochen war.

Die Landtagswahlkämpfe plant die Münchener Parteizentrale, nicht der jeweilige Landesverband. Den Mangel an attraktiven Kandidaten und an Organisationskraft, um lokale Veranstaltungen durchführen zu können, gleicht Frey durch „Materialschlachten“ mittels Postwurfsendungen und flächendeckender Plakatierung aus. Die Partei verzichtet auf das Aufstellen von Direktkandidaten und konzentriert sich auf Wahlwerbung für ihre Landeslisten. Die DVU tritt nur dann zu Wahlen an, wenn sich Frey große Chancen auf einen Parlamentseinzug ausrechnet. Der finanzielle Aufwand der DVU im Wahlkampf ist dann ungewöhnlich hoch.

In den Parlamenten fielen Angehörige der DVU durch rechtsextremistische Propaganda auf. Im Landtag Schleswig-Holsteins forderte der – inzwischen bei der NPD gelandete – DVU-Fraktionsvorsitzende Ingo Stawitz: „Getrennte Klassen deswegen, weil die ausländischen Kinder nicht einfach vermengt werden dürfen oder sollen mit unseren Kindern.“³³ Alle Probleme Deutschlands entstehen aus der Perspektive der DVU-Parlamentarier aus der Anwesenheit von Ausländern in Deutschland. Mediale Aufmerksamkeit erregte die DVU in Schleswig-Holstein mit einem Antrag, der die „Reinigung der Schulbücher von antideutschem Schmutz und Schund“ forderte. Insbesondere sollten „Erkenntnisse“ berücksichtigt werden, die Deutschland „von der Kriegsschuld entlasten“.³⁴

³³ Ingo Stawitz zitiert nach Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy, Die DVU in den Landesparlamenten: Inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, Sankt Augustin 1998, S. 32.

³⁴ DVU-Antrag im schleswig-holsteinischen Landtag zitiert nach Hoffmann/Lepszy (Anm. 33), S. 33. Die Parlamentspräsidentin, Ute Erdsieck, verweigerte der DVU die Behandlung des Antrags.

Die Parlamentsarbeit der DVU wirkte meist nicht sonderlich professionell. Sie ist gekennzeichnet von der Inaktivität, Inkompetenz und Zerstrittenheit der parlamentarischen Mandatsträger.³⁵ In Kiel wie in Bremen führten Auseinandersetzungen von Frey mit Landtagsabgeordneten, die auf eine größere Unabhängigkeit von der Parteizentrale zielten, zur Auflösung der Fraktionen. Das gleiche Spiel wiederholte sich im Parlament von Sachsen-Anhalt.³⁶ Die Landtagsfraktion in Brandenburg war die erste in einem Flächenbundesland, die eine komplette Legislaturperiode überdauerte. Die Parteifunktionäre der DVU in den Ländern schienen am Anfang des 21. Jahrhunderts immer weniger gewillt, Frey absoluten Gehorsam zu leisten. Der schleswig-holsteinische Parteifunktionär Klaus Sojka forderte, Frey und sieben weitere Bundesvorstandsmitglieder ihrer Ämter zu entheben, weil wegen ihnen die DVU nicht an den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen 2000 teilnahm. Doch Frey blieb fest im Sattel.

Williger als andere Landtagsfraktionen ordneten sich allerdings die DVU-Parlamentarier in Brandenburg der zentralistischen Führung Freys unter. Spöttisch bemerkten DVU-Gegner in Brandenburg, für diese Fraktion sei es der „größte anzunehmende Unfall“,

³⁵ Vgl. dazu u.a. Jochen Grabler/Hermann Kuhn, Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: Zwei Jahre Mißbrauch des Parlaments, Bremen 1993; Hoffmann/Lepszy (Anm. 33); Everhard Holtmann, Protestpartei am rechten Rand – Die DVU in der Wählerschaft Sachsen-Anhalts. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998; Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, Sankt Augustin 1994; Matthias Schmidt, Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster 1997.

³⁶ Vgl. Jürgen Hoffmann, Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 12, Baden-Baden 2000, S. 240-252.

wenn jemand den Faxstecker zöge und sie keine Anweisungen mehr aus der Münchner Parteizentrale erhalte.³⁷ Im Vergleich zu anderen Landtagsfraktionen wirkte die fünfköpfige DVU-Fraktion im Potsdamer Landtag von Brandenburg allerdings deutlich professioneller. So gab die Fraktion eine Zeitschrift heraus, die sich mit ihren Aktivitäten beschäftigte, und machte sie den an der Politik der DVU Interessierten über das Internet zugänglich.

Am Anfang des Jahres 2004 schien die DVU in einer tiefen Krise. Im Jahr 2002 trat sie nicht zur Bundestagswahl an. Sogar auf eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im April 2002 verzichtete die DVU, weil nach den Skandalen und Spaltungen ihrer Landtagsfraktion eine Wiederholung des Erfolgs von 1998 aussichtslos schien. Zudem fehlten der Partei inzwischen die Mittel, um umfangreiche Materialschlachten zu führen. Ein weiteres Symptom für die Krise der Partei war, dass sie zwischen 2000 und 2002 einen Einbruch der Mitgliederzahlen von 17.000 auf 13.000 erlebte. Am 25. Mai 2003 errang die DVU im Bremer Senat zwar erneut mittels eines Wahlanteils von 7,1 Prozent in Bremerhaven ein Mandat. Der Stimmenanteil bei diesen Landtagswahlen betrug insgesamt aber nur 2,3 Prozent.

2.3. Die Republikaner (REP)

Die enttäuschten CSU-Mitglieder Ekkehard Voigt und Franz Handlos gründeten zusammen mit dem in Bayern bekannten Fernsehmoderatoren Franz Schönhuber 1983 die „Republikaner“. Das Hauptmotiv war das Entsetzen darüber, dass die Bundesrepublik der DDR aufgrund der Fürsprache von Franz Josef Strauß einen Milliardenkredit gewährte. Im Unterschied zu NPD und DVU

³⁷ Kolportiert nach Deutsche Volksunion (DVU), <http://www.idgr.de> (Stand: 21. November 2004).

waren die REP nicht von Anfang an eine rechtsextremistische Partei.³⁸ Der erste Vorsitzende, Handlos, strebte eine bundesweit organisierte Partei an, die sich programmatisch kaum von der CSU unterscheiden sollte. Schönhuber, den der Bayerische Rundfunk 1981 wegen beschönigender Äußerungen zur Waffen-SS entließ³⁹, schwebte dagegen ein radikalerer Rechtskurs vor. Er förderte den Übertritt von NPD-Funktionären wie Harald Neubauer. Nachdem Handlos im Ringen um die Macht unterlag, verließ er 1985 die Partei. Die REP führte nun Schönhuber, der zweite Mann war Neubauer. Die erste programmatische Äußerung, das „Siegburger Manifest“, führte in moderatem Ton klassische Argumentationslinien des deutschen Nachkriegsrechtsextremismus weiter.⁴⁰ Das Bremerhavener Programm von 1987 schlug zum Teil eine etwas deutlichere Tonart an.⁴¹ So wurde ein Ende der „Umerziehung der Deutschen“ und eine „Entkriminalisierung“ der deutschen Geschichte gefordert.

1989 warben die REP im Berliner Landtagswahlkampf für sich in einem Fernsehspot mit Szenen, in denen türkische Kinder spielten, unterlegt mit der Melodie von „Spiel mir das Lied vom Tod“. Die Aufregung um den Beitrag spielte der Partei in die Hände,

38 Der Bundesverfassungsschutz schätzte die REP nicht bereits seit ihrer Gründung als rechtsextremistisch ein. Erst Mitte Dezember 1992 wurde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz beschlossen. Politikwissenschaftler stuften die Partei bereits vor diesem Zeitpunkt als rechtsextremistisch ein. Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, 2. Aufl., Bonn 1993; Richard Stöss, Die „Republikaner“. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, Köln 1990.

39 Vgl. Franz Schönhuber, Ich war dabei, München/Wien 1981.

40 Vgl. Die Republikaner (Hrsg.), Das Siegburger Manifest verabschiedet auf dem Bundesparteitag am 16. Juni 1985 in Siegburg/Bonn, München 1985.

41 Vgl. Die Republikaner (Hrsg.), Programm der Republikaner, München 1987.

weil sie erst dadurch bundesweit die Bürger wahrnahmen.⁴² Von keinem Wahlforscher vorhergesagt, vereinte die Partei 7,5 Prozent der Stimmen auf sich. Bei den Europawahlen im gleichen Jahr errangen die REP 7,1 Prozent. Erstmals in Parlamenten vertreten, liefen der Partei neue Mitglieder zu. Der Fall der Mauer im Herbst 1989 schien geeignet, der Partei Auftrieb zu geben, forderte sie doch nachdrücklich die deutsche Einheit – allerdings unter Einschluss der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Wie andere rechtsextremistische Parteien und Vereinigungen verbreiteten die REP ihre Parolen nun auch auf dem Gebiet der DDR. Die Volkskammer verbot die REP allerdings noch vor der Volkskammerwahl.

Die Partei war in ihrem Elan nun etwas gebremst, ein Einzug in den bayerischen Landtag galt jedoch 1990 fast als sicher. Bei den Europawahlen 1989 hatte fast jeder achte bayerische Wähler sein Kreuz bei den REP gemacht. Der Einzug ins Maximilianeum blieb der Partei aber – haarscharf – mit 4,9 Prozent verwehrt. Auch bei der Bundestagswahl 1990 blieben die REP mit 2,1 Prozent der Stimmen hinter ihren Erwartungen zurück. Im Osten war die durchschnittliche Zahl der Wähler noch geringer als im Westen. Der Anteil schwankte zwischen 0,7 und 1,0 Prozent der Stimmen. Die deutsche Vereinigung hatte den REP den Wind aus den Segeln genommen.

Die größten Parteierfolge standen aber noch bevor. Bei den Landtagswahlen 1992 in Baden-Württemberg erreichte die Partei 10,9 Prozent der Stimmen und zog als drittstärkste Fraktion ins Parlament ein. Auf dem neuen Gipfel des Erfolgs legten die REP

⁴² Vgl. dazu Mike Friedrichsen/Wolfram Schulz/Jens Wolling, Die Republikaner als Medienereignis: Eine Analyse zum Zusammenhang zwischen Medienaufmerksamkeit und Rechtsextremismus am Beispiel des Wahlkampfes zum Abgeordnetenhaus in Berlin 1989, in: Publizistik 40 (1995), Heft 2, S. 129-151.

1993 ein neues Programm vor, bei dem schon 1996 einige Kapitel wieder überarbeitet wurden. Programmatisch blieb sich die Partei treu. So lautete eine rechtsextreme Kernvorstellung, die sich an eher versteckter Stelle im Programm findet: „Solidarität über alle Grenzen hinweg verliert ihren Sinngehalt und ihre Akzeptanz. Nur eine homogene Gesellschaft ist in der Lage, solidarisches Verhalten als Norm praktisch zu verwirklichen.“⁴³ Mit Kreide im Mund übten die REP harte Kritik am westlichen Demokratiemodell: „Als bedenklich muss eine soziale Entwicklung angesehen werden, die entgegen allen eigenen positiven Traditionen die Annäherung an westliche Gesellschaftsmodelle begünstigt, in denen die Verelendung ganzer Bevölkerungsschichten billigend in Kauf genommen wird.“⁴⁴ Das Gebiet der neuen Bundesländer bezeichnen die REP als „Mitteldeutschland“. Ausdrücklich beklagen sie die Ausklammerung „Ostdeutschlands“ im Rahmen der „Wiedervereinigung“ und bestreiten die Rechtmäßigkeit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die deutsche Regierung im Rahmen des Zwei-Plus-Vier-Vertrags. Die REP streben daher eine „friedliche Vollendung der deutschen Einheit unter Einbezug Ostdeutschlands“⁴⁵ an. Die Europäische Union lehnen die REP ab. Die Maastrichter Verträge stellen nach Ansicht der Partei einen „Staatsstreich von oben dar“.⁴⁶

Der von Schlierer angekündigte programmatische Neuanfang als konservative, demokratische Partei blieb aus. Auch unter Schlierer standen die Forderungen der REP jenen der DVU nicht nach. Für Ausländer gibt es nach Ansicht der REP nur zwei Alternati-

⁴³ Die Republikaner (Hrsg.), Parteiprogramm der Republikaner 1993 mit den novellierten Kapiteln 7, 8 und 14. Verabschiedet auf dem Bundesparteitag am 6. Oktober 1996 in Hannover, Berlin 1996, S. 74.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd., S. 8.

⁴⁶ Ebd., S. 13.

ven: Assimilierung oder Ausweisung: „Die Republikaner fordern ein Rückwanderungsgesetz als rechtlichen Rahmen für die umgehende Rückführung auf eigene Kosten aller nicht-assimilierungswilligen Zuwanderer in ihre Heimatländer.“⁴⁷ Das am 11./12. Mai 2002 auf dem Bundesparteitag der REP in Fulda beschlossene neue Grundsatzprogramm unterscheidet sich inhaltlich wenig von den Vorgängern. Die Orientierung am Zielbild einer „homogenen Gesellschaft“ fällt allerdings insofern schwächer aus, als nun von einem „gerechten Ausgleich zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl“ die Rede ist. Nach wie vor wird aber eine „Pflicht zum solidarischen Verhalten gegenüber dem Gemeinwesen“⁴⁸ eingefordert. Der „Dienst an der Gemeinschaft“ dürfe sich nicht aufs Steuerzahlen beschränken. Noch immer ist die Fremdenfeindlichkeit ein Teil des nationalistischen Weltbildes der REP. Die Fremdenfeindlichkeit wurzelt dabei erkennbar im Wunsch nach einer ethnisch homogenen Gemeinschaft: „In einem Sammelsurium von Menschen unterschiedlichster Herkunft (multikulturelle Gesellschaft) wird es weder ein Zusammengehörigkeitsgefühl geben noch die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe und Rücksichtnahme“.⁴⁹ Einem bedeutenden Teil der REP war das neue Programm allerdings zu weich formuliert. So traten Käs und einige namhafte Gefolgsleute demonstrativ nach der Verabschiedung des Programms aus der Partei aus.

Wie steht es um die Haltung der REP zu den beiden anderen rechtsextremen Parteien? Um den Vorwurf des Rechtsextremismus gegen die REP zu entkräften, legte Schönhuber während sei-

47 Multikulti ist tot – Assimilierung oder Rückwanderung (Pressemitteilung vom Bundesparteitag der REP am 27./28.11.2004), <http://www2.rep.de/index.aspx?ArticleID=0896aeb8-3244-4b9b-a6e5-c3a85d9d81e4> (Stand: 28. Dezember 2004).

48 Bundesparteiprogramm REP 2002.

49 Ebd.

ner Zeit als Parteivorsitzender in der Regel großen Wert auf die Abgrenzung von DVU und NPD. Noch im Mai 1994 lehnte er ein Angebot Freys zur Zusammenarbeit ab. Im Zuge des Abwärtstrends der Partei im „Superwahljahr“ ließ er sich aber auf eine Presseerklärung mit Frey ein, die gemeinsame Positionen in der Ausländerpolitik formulierte und ankündigte, dass DVU und REP bei Wahlen nicht gegeneinander kandidieren.⁵⁰ Ein wesentlicher Teil der Parteispitze sprach sich gegen Schönhubers Verstoß gegen Abgrenzungsbeschlüsse aus, die eine Zusammenarbeit mit der DVU ausschlossen. Nach den Stimmenverlusten bei den bayerischen Landtagswahlen verschärfte sich die Kritik an Schönhuber. Im Osten der Republik misslang es den REP mit Wahlergebnissen zwischen 1,0 und 1,4 Prozent Fuß zu fassen. Der Bundesvorstand wählte Schönhuber ab, das Landgericht Berlin erklärte dies allerdings für ungültig. Daraufhin enthob das bayerische Landesschiedsgericht der REP ihn erneut seines Amtes. Schönhuber trat dennoch beim Bundesparteitag in Sindelfingen als Vorsitzender auf, verzichtete jedoch auf eine erneute Kandidatur. Sein Nachfolger wurde Rolf Schlierer. Die Glaubwürdigkeit des Strebens, mit dem Führungswechsel von rechtsextremistischen in demokratische Gewässer zu schippern, stellte die Wahl zweier rechtsextremistischer Hardliner, Rudolf Krause und Otmar Wallner, zu stellvertretenden Parteivorsitzenden in Frage. Beide forderten nicht nur Bündnisse mit der deutsch-nationalen DVU, sondern auch mit der in neonationalsozialistische Gefilde abdriftenden NPD.

⁵⁰ Vgl. Abdruck der Erklärung, in: Deutsche National-Zeitung vom 26. August 1994. Vgl. zur Rechtfertigung der Übereinkunft: Franz Schönhuber, In Acht und Bann. Politische Inquisition in Deutschland, Berg 1995, S. 306-316.

Im Juni 1995 verließ Schönhuber die Partei.⁵¹ Der Austritt brachte die REP ins Schlingern. So verließen insbesondere in Bayern zahlreiche Mitglieder die Partei. Der Kampf um die parlamentarische Bastion in Baden-Württemberg war für Schlierer entscheidend. Überraschend gelang es den REP mit 9,1 Prozent an ihren Erfolg von 1992 anzuknüpfen. Sie übersprangen als erste rechtsextreme Partei zweimal hintereinander die Fünf-Prozent-Hürde bei Wahlen in einem Flächenbundesland. Bereits 1997 gab es jedoch einen heftigen Dämpfer. In Hamburg musste sich die Partei mit 1,8 Prozent der Stimmen begnügen und zusehen, wie die DVU sie mit 4,9 Prozent der Stimmen überflügelte. Im Osten Deutschlands stehen die REP nach den Erfolgen der DVU ohnehin in deren Schatten.

Der Abgrenzungskurs Schlierers gegenüber der rechtsextremistischen Konkurrenz erwies sich nun als ebenso wenig konsequent wie der seines Vorgängers an der Parteispitze. Schlierer und Frey verabredeten 1998, sich keine „unnötige Konkurrenz“⁵² zu machen. Beide Seiten hielten sich – zunächst – an die Vereinbarung. Die Zusammenarbeit ging einigen Mitgliedern der Parteispitze nicht weit genug. So stimmte das REP-Präsidium 1999 dem Vorschlag der DVU zu, bei den Europawahlen eine gemeinsame Kandidatenliste vorzulegen. Die Mehrheit des REP-

51 Vgl. dazu Schönhubers Schilderung der Vorgänge in folgendem Interview: Uwe Backes/Gerhard Hertel, Dokumentation 1995 (Interview mit Franz Schönhuber), in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 8, Baden-Baden 1996, S. 130-149.

52 Vermeidung unnötiger Konkurrenz. Absprachen über Wahlbeteiligung angestrebt, in: Pressemitteilung des Bundesverbandes der REP vom 23. November 1998. Später bekam Schlierer Angst vor der eigenen Courage und ließ die Absprache dementieren: Es gibt weder Wahlabsprachen noch Vereinbarungen mit der DVU, in: Pressemitteilung des Bundesverbandes der REP vom 28. März 1999.

Bundesvorstands legte ihr Veto ein. An der Parteibasis ist der Druck in Richtung einer intensiveren Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien sehr groß. Bereits im November 1999 forderten die hessischen Kreisvorsitzenden der REP gemeinsam den Rücktritt Schlierers und mit ihm den des Bundesvorstandes wegen des Abgrenzungskurses.

Im Frühjahr 2000 legte Schlierer der Parteispitze ein Papier vor, das sich wie eine Bankrotterklärung liest. Der Vorsitzende forderte eine Umbenennung der Partei und einen programmatischen Neuanfang. Als Verbündeten hatte er vor allem den nationalliberalen „Bund Freier Bürger“ (BFB) um Heiner Kappel im Auge. Schlierers Planspiele erledigten sich durch die Auflösung des BFB Ende 2000. Die depressive Stimmung in der Partei wurzelte in den ausbleibenden Wahlerfolgen und der Mitgliederentwicklung. Seit 1993 zeigt sich bei den Mitgliedern ein Abwärtstrend, der durch den letzten Wahlerfolg von 1996 nur kurzzeitig aufgehalten werden konnte. Besonders im Osten blieben die Parteistrukturen ausgesprochen schwach.

Tabelle 4: Mitgliederentwicklung der REP 1983-2004

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1983	150	1991	16.800	1999	14.000
1984	k.A.	1992	19.900	2000	13.000
1985	2.500	1993	23.000	2001	11.500
1986	4.000	1994	20.000	2002	9.000
1987	5.000	1995	16.000	2003	8.000
1988	8.000	1996	15.000	2004	fallend
1989	25.000	1997	15.500		
1990	20.100	1998	15.500		

Quelle: Gerundete Parteiangaben; ab 1992 Verfassungsschutzberichte. Für 2004 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor. Diese werden erst mit der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes des Bundes im Mai 2005 bekannt gegeben. Die Angabe der Tendenz der Entwicklung beruht auf eigenen Einschätzungen.

Anfang 2001 gingen die REP von einem Wiedereinzug in das baden-württembergische Parlament und damit von einer Etablierung im dortigen Parteiensystem aus. Die Partei setzte auf Anraten einer österreichischen Werbeagentur, die auch für die „Freiheitliche Partei Österreichs“ arbeitet, nicht auf die Protestwirkung negativer Aussagen gegen die deutsche Demokratie und ihre Vertreter, sondern – untypisch für eine rechtsextremistische Partei – auf eine sympathieorientierte Wahlwerbung. Die REP konnten in Baden-Württemberg jedoch lediglich 4,4 Prozent der Stimmen erreichen, deutlich weniger als die Hälfte des Stimmenanteils von 1996. Die letzte parlamentarische Bastion der REP war verloren. Der stärker

auf Protestwähler zielende zeitgleiche Wahlkampf der REP in Rheinland-Pfalz führte jedoch ebenso wenig zum Erfolg.

In den Monaten nach dem Verlust der einzigen Parlamentsfraktion war es überraschend ruhig in den Reihen der REP. 2002 leitete der Bundesvorstand auf Betreiben Schlierers ein Verfahren gegen Christian Käs, Schlierers schärfsten innerparteilichen Konkurrenten, der stets eine Zusammenarbeit mit den anderen rechtsextremen Parteien befürwortet hatte, in die Wege. Er wurde schließlich aller Parteiämter enthoben, weil eine Parteikommission bei der Überprüfung der Finanzen des baden-württembergischen Landesverbands erhebliche Unregelmäßigkeiten festgestellt hatte. Weil das neue Parteiprogramm 2002 ihnen nicht radikal genug war und sie sich zunehmend ihres innerparteilichen Einflusses beraubt sahen, verließen Käs und seine Gefolgsleute die REP. Bei den Bundestagswahlen 2002 erreichten die REP nur noch 0,6 Prozent der Stimmen. Die Partei rutschte damit ab auf das äußerst niedrige nationale Wählerniveau der NPD. Der Antritt bei den Landtagswahlen in Hamburg 2002 kündigte zudem den Burgfrieden mit der DVU auf. Die Lage der REP war somit schlechter als je zuvor in ihrer Parteigeschichte.

3. Neonationalsozialisten und Skinheads

3.1. Neonationalsozialisten

Grundlage aller Politik ist für Neonationalsozialisten das Streben nach dem Wohle der „Volksgemeinschaft“. Die Kehrseite dieser Medaille ist die rassistische Abwertung aller anderen Völker. Wie für sein historisches Vorbild hat der Antisemitismus für Neonationalsozialisten identitätsstiftende Bedeutung. Den Parlamentarismus lehnen sie ab und suchen einen neuen „Führer“, der mittels einer „Zweiten Revolution“ den Weg ins „Vierte Reich“ ebnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in der rechtsextremen „Sozialistischen Reichspartei“ bedeutsame Anknüpfungen an die nationalsozialistische Ideologie. Um eine Neuformierung der NSDAP handelte es sich dennoch nicht.

Erst über 25 Jahre nach Kriegsende bezeichneten sich – sehr kleine – Gruppierungen in Deutschland wieder als nationalsozialistisch. Sie sind im Kern Abspaltungen der Ende der sechziger Jahre innerparteilich zerrütteten NPD. Ab 1976 betrat Michael Kühnen die Szene. Nachdem er 1977 wegen rechtsextremistischer Aktivitäten aus der Bundeswehr ausgeschlossen worden war, gründete er die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS). Dem neonationalsozialistischen Spektrum gelang es jedoch stets nur, eine im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verschwindend kleine Minderheit für ihre Ziele zu begeistern.

Tabelle 5: Zahl der Neonationalsozialisten 1990-2004

Jahr	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Neonationalsozialisten	1.400	2.100	2.200	2.450	3.740	2.480	2.690	2.400
Jahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	
Neonationalsozialisten	2.400	2.200	2.200	2.800	2.600	3.000	steigend	

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes. Bis 1994 wurden nur organisierte Neonationalsozialisten aufgeführt, seither auch unorganisierte. Für 2004 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor. Diese werden erst mit der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes des Bundes im Mai 2005 bekannt gegeben. Die Angabe der Tendenz der Entwicklung beruht auf eigenen Einschätzungen.

Neonationalsozialisten folgen mit großer Mehrheit der Legalitätstaktik der NSDAP in der Weimarer Republik und verzichten darauf, Gewalt einzusetzen. Es entstanden jedoch auch gewaltbereite Gruppierungen. Mitte der siebziger Jahre baute der Nürnberger Graphiker Karl-Heinz Hoffmann die mit rund 500 Mitgliedern bedeutsamste militante neonationalsozialistische Gruppe in der Geschichte der Bundesrepublik auf, die „Wehrsportgruppe Hoffmann“.⁵³ Sie war die Keimzelle des deutschen Rechtsterrorismus. Gundolf Köhler, der eine Weile an Übungen der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ teilgenommen hatte, legte beim Münchener Oktoberfest 1981 eine Bombe, die 13 Menschen tötete und 219 schwer verletzte. Der Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seiner Ehefrau im Dezember 1980 ging ebenfalls auf das Konto eines Gefolgsmanns von Hoffmann. Die Vermutung,

53 Vgl. Rainer Fromm, Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“: Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998.

Hoffmann und seine „Wehrsportgruppe“ seien beteiligt gewesen, liegt nahe, ließ sich jedoch nicht mit Beweisen untermauern. Ebenfalls im Jahre 1980 machten die „Deutschen Aktionsgruppen“ um den Ex-Rechtsanwalt Manfred Roeder mit sieben Brand- und Sprengstoffanschlägen von sich reden. Auch die Rechtsterroristen um Odfried Hepp und Walther Kexel entstammten in erster Linie der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Methodisch orientierte sich die Gruppe am Vorbild der „Rote Armee Fraktion“. Vor Mord schreckte die Gruppe nicht zurück. Im Dezember überlebte der amerikanische Soldat Ricky Lee Seuis nur knapp die Explosion einer Bombe unter seinem Fahrersitz.

Nach der deutschen Vereinigung entstanden in Ostdeutschland neonationalsozialistische Gruppierungen wie die „Nationale Alternative“. Michael Kühnen verlagerte mit der 1989 in Bremen gegründeten „Deutschen Alternative“ (DA) seine Aktivitäten in die neuen Bundesländer. Mit bis zu 350 Mitgliedern erreichte die DA eine für das neonationalsozialistische Spektrum recht große Anhängerschaft. Der Tod der umtriebigen „Führer“-Figur Kühnen 1991 lähmte nicht nur die DA, sondern zeitweilig das gesamte neonationalsozialistische Spektrum. Zum zentralen Ereignis der Szene entwickelte sich der „Rudolf Heß-Gedenkmarsch“ am 16. August. Im Jahr 2003 marschierten 2.600 Neonationalsozialisten im bayerischen Wunsiedel auf.

In den neunziger Jahren versuchten die staatlichen Institutionen, ausgelöst vor allem durch den explosionsartigen Anstieg der fremdenfeindlichen Straftaten nach 1990, die neonationalsozialistische Szene durch Verbote und Inhaftierungen trocken zu legen. Eine ganze Reihe führender Funktionäre wie Christian Worch, der ehemals stellvertretende Vorsitzende der verbotenen „Nationalen Liste“ und „Auschwitz“-Leugner wie Ewald Bela Althans⁵⁴ und

⁵⁴ Althans der den Holocaust leugnete, kandidierte 1994 für die NPD bei den Stadtratswahlen in München. Unter Neonationalsozialisten war er

Gerhard Rudolf wurden zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. 19 rechtsextremistische Gruppierungen verbot der deutsche Staat zwischen 1992 und 2004.

Tabelle 6: Verbote rechtsextremistischer Vereinigungen nach 1990

Organisation	Verbot (Ebene)
„Nationalistische Front“	November 1992 (Bund)
„Deutsche Alternative“	Dezember 1992 (Bund)
„Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven“	Dezember 1992 (Niedersachsen)
„Nationale Offensive“	Dezember 1992 (Bund)
„Nationaler Block“	Juni 1993 (Bayern)
„Heimattreue Vereinigung Deutschlands“	Juli 1993 (Baden-Württemberg)
„Freundeskreis Freiheit für Deutschland“	September 1993 (Nordrhein-Westfalen)
„Wiking-Jugend e.V.“	November 1994 (Bund)
„Nationale Liste“	Februar 1995 (Hamburg)
„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“	Februar 1995 (Bund)
„Direkte Aktion/ Mitteldeutschland“	Mai 1995 (Brandenburg)
„Skinheads Allgäu“	Juli 1996 (Bayern)

wegen seiner Homosexualität umstritten. Während des Prozesses 1995 wegen Leugnung des Holocaust und Volksverhetzung sagte sich Althaus von der Szene los.

„Kameradschaft Oberhavel“	August 1997 (Brandenburg)
„Heide-Heim e.V.“ (Hamburg)	Februar 1998 (Niedersachsen)
„Heideheim e.V.“ (Buchholz)	Februar 1998 (Niedersachsen)
„Hamburger Sturm“	August 2000 (Hamburg)
„Blood & Honour“ (einschließlich „White Youth“)	September 2000 (Bund)
„Skinheads Sächsische Schweiz“ und Nachfolgeorganisation „Nationaler Widerstand Pirna“	April 2001 (Sachsen)
„Fränkische Aktionsfront“	Januar 2004 (Bayern)

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz.

Nach den Verboten nahmen unstrukturierte „Kameradschaften“ ohne formelle Mitgliedschaft den Platz der Vereinigungen ein. Das Ziel dieser Entwicklung brachten die „Nachrichten der HNG“ so auf den Punkt: „Wo keine erkennbare Organisation vorhanden ist, kann man diese auch nicht zerschlagen!“⁵⁵ Die Auflösung organisatorischer Strukturen führte – paradoxerweise – zu einer verstärkten Kooperation der zerstrittenen „Führer“ der Szene. Einigkeit stiftete vorrangig ein gemeinsames Feindbild. Die „Anti-Antifa-Aktivitäten“ nahmen bis 1993 zu, um danach langsam wieder zurückzugehen. Typisch ist dabei die Veröffentlichung „schwarzer Listen“ mit den Namen und Adressen missliebiger Personen. Zunehmend kursierten Anleitungen zur gewaltsamen Bekämpfung des politischen Gegners in der Szene, etwa durch die Verwendung von Buttersäure. Meist blieb es jedoch bei Drohge-

⁵⁵ Christian Scholz, Brennende Ausländer und die Folgen, in: Nachrichten der HNG 16 (1994), Nr. 159, S. 17.

bärden, Taten folgten eher selten. Der verhasste Gegner sollte zugleich kopiert werden. So verkündete die „NS-Bewegung Rheinland-Pfalz“: „Die Anarchos müssen erkennen, dass in uns noch ein anderes Potential steckt, nämlich eines, das bereit ist, Terror mit noch viel härterem Terror zu bekämpfen.“⁵⁶ Aber nicht nur in dieser Hinsicht diente das Feindbild der „Linken“ in mancher Hinsicht als Vorbild. Neben des verstärkten Aufgreifens sozialer Themen fielen etwa die Berliner Kameradschaften durch die Forderung nach einem Jugendzentrum und Hausbesetzungen auf.

Das organisatorische Herz des Neonationalsozialismus bildete zeitweilig die 1991 gegründete Vereinigung die „Nationalen e.V.“, die sich im Zuge der Verbotswelle neben der NPD zu einem Sammelbecken entwickelte. Die Führung übernahm Frank Schwerdt, der später in den Bundesvorstand der NPD einzog und an die Spitze des Thüringer Landesverbands der NPD trat. Integrative Bedeutung über alle Verbote und Selbstaufösungen hinaus hat im zersplitterten neonationalsozialistischen Spektrum die 1979 gegründete „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Um die Aktivitäten der jeweils nur wenige Mitglieder zählenden „Kameradschaften“ zu vernetzen, entwickelte sich in Norddeutschland das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“, dem „Kameradschaften“ aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein angehören. Besonders bei der Organisation von Demonstrationen tritt dieses Bindeglied zwischen den „Kameradschaften“ in Aktion.

Neonationalsozialisten verstoßen in der Regel durch das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen das Gesetz (Paragraph

⁵⁶ Zitiert nach Verfassungsschutzbericht Berlin 2001, Berlin 2002, S. 52.

86, 86a, 130 des Strafgesetzbuches)⁵⁷, weniger durch den Einsatz von Gewalt. Ein Teil des Spektrums ist allerdings gewaltbereit. Nicht nur aus der Skinheadszene, sondern auch aus der neonationalsozialistischen Szene heraus kam es zu Morden an Zuwanderern. Josef Saller, seit 1986 Mitglied der „Nationalen Front“, verübte etwa im Dezember 1988 einen Brandanschlag auf ein überwiegend von Ausländern bewohntes Haus in Schwandorf. Seine Opfer waren eine dreiköpfige türkische Familie und ein Deutscher. Die Distanzierung der NPD von derartigen Gewalttaten erscheint eher taktischer als prinzipieller Natur. So fand Saller nach Angaben des „Stern“ nach seiner Haftentlassung zeitweilig Unterschlupf auf einem Gelände der NPD in Sachsen.⁵⁸

Angesichts der staatlichen Verbotswelle in den neunziger Jahren kündigten Neonationalsozialisten in der Skinhead-Zeitschrift „Blood and Honour“ vollmundig ihre „Gegenwehr“ an: „Wir wehren uns! Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ In dem NSDAP-AO Organ „NS-Kampfruf“ wurde zu Anschlägen auf Generalbundesanwalt Kay Nehm aufgerufen. Die Leitparole lautete: „Eines Tages werden diese Politbonzen ihrer absolut notwendigen Beseitigung hinzugeführt werden! FÜR DAS SYSTEM KEINEN MILLIMETER BODEN, SONDERN NEUN MM.“⁵⁹ Den Hasstiraden gegen den Staat folgten in der Regel keine Taten. Die Taten Kay Diesners blieben eine Ausnahme. Er verletzte im Februar 1997 in Berlin-Marzahn den

⁵⁷ Mit ca. 7.000 bis 8.000 Delikten stellen die Propagandaten regelmäßig mehr als zwei Drittel aller rechtsextremistisch motivierten Straftaten.

⁵⁸ Vgl. Holger Witzel, Rechte Volksfront formiert sich, in: Stern vom 22. September 2004.

⁵⁹ „NS-Kampfruf“ zitiert nach Armin Pfahl-Traugber, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 156-173.

Buchhändler Klaus Baltruschat schwer und tötete dann in Schleswig-Holstein beim Versuch der Festnahme den Polizisten Stefan Grage. Diesner gehörte Anfang der neunziger Jahren zur „Nationalen Alternative“ um Ingo Hasselbach und war zeitweilig „Schiedsgerichtsvorsitzender“ der rund 600 Mann starken Gruppe. Nach der Selbstauflösung der Gruppierung 1991 führte der harte Kern seine Arbeit bei den „Sozialrevolutionären Nationalisten“ fort. Vage plante er Anschläge gegen Linke und Juden, die zwei Hauptfeindgruppen der Neonationalsozialisten, sowie gegen das Personal der verhassten Demokratie, unter anderem Richter, Staatsanwälte, Polizisten. Die Gruppe setzte die Pläne allerdings nicht um, zumal Hasselbach aus der rechtsextremen Szene ausstieg.⁶⁰ Diesner hat anscheinend die Vorhaben im Hinterkopf behalten. Als Gegner in seinem Kampf bezeichnete er aber im Mordprozess den „rassistischen, faschistischen und imperialistischen Staat BRD“⁶¹ Bei der „Nationalen Alternative“ sei er nur gewesen, so lange er „noch doof und nicht ausgereift war“.⁶² Als Vorbilder nannte er dagegen die RAF und die IRA. Sympathien zeigte er auch für die rituellen Ausschreitungen der Autonomen am 1. Mai. Die Tat des ideologischen Wirtkopfs Diesner sieht ein – allerdings keineswegs mehrheitsfähiger – Teil der Neonationalsozialisten als Vorbild an. So bezeichnete das Szeneblatt „Hamburger Sturm“ den Polizistenmord als einen „Akt der Befreiung“.⁶³ Es dürfe nicht vergessen werden, „dass man im Krieg mit

⁶⁰ Vgl. Ingo Hasselbach/Winfried Bonengel, Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, Berlin/Weimar 1993.

⁶¹ Kay Diesner zitiert nach Wolf-Dieter Vogel, Der Werwolf sucht sein Rudel. Der Neonazi Kay Diesner verteidigt während des Prozesses seine rechtsterroristischen Positionen, in: jungle world (2000), Nr. 33.

⁶² Ebd.

⁶³ „Hamburger Sturm“ zitiert nach Verfassungsschutzbericht Berlin 1999, Berlin 2000, S. 77.

dem System sei und da gingen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf“.⁶⁴ Die Schreiber des Artikels gaben sich als NPD-Mitglieder zu erkennen, die sich vom Kurs der Parteiführung absetzen und den Weg in den Untergrund einschlagen wollten.

Zwei Sprengstoffanschläge auf das Grab von Heinz Galinski, dem ehemaligen Vorsitzenden des „Zentralrats der Juden in Deutschland“ und ein Anschlag im März 1999 auf die Wehrmacht-Ausstellung in Saarbrücken erregten im Dezember 1998 Aufsehen. In allen drei Fällen konnte die Polizei keinen Täter ermitteln. In den letzten Jahren häufte sich die Zahl der Waffenfunde im rechtsextremistischen Spektrum.⁶⁵ So entdeckte im Juni 2000 die Polizei bei einem Großeinsatz gegen die inzwischen verbotene Organisation „Skinheads Sächsische Schweiz“ bei zwei Mitgliedern unter anderem zwei Kilogramm Sprengstoff, Sprenggranaten, scharfe Zündvorrichtungen, Raketenteile, jede Menge Patronen unterschiedlichen Kalibers, Waffenteile von Langwaffen, Faustfeuerwaffen, Panzerfäuste und Vorderlader. 2001 legte die „Nationale Bewegung“ in Brandenburg mehrere Brände. Viele gewaltbereite Rechtsextremisten sind durch den Dienst bei der Bundeswehr militärisch geschult und einige gewaltbereite Rechtsextremisten sammelten als Söldner auf dem Balkan Kampferfahrung. Die Aufdeckung von Anschlagplänen und der Fund des Waffenarsenals (unter anderem Schusswaffen, eine scharfe Handgranate, 1,2 kg TNT) der „Kameradschaft Süd“ um Martin Wiese im September 2003 legt nahe, dass nicht nur diese Gruppe

⁶⁴ Ebd. In der gleichen Ausgabe des „Hamburger Sturm“ fand sich ein Leserbrief Kay Diesners veröffentlicht, in dem dieser Andersdenkenden den Tod wünscht. Von einer Isolation Diesners im neonationalsozialistischen Spektrum kann daher nicht ausgegangen werden.

⁶⁵ Vgl. zur Entwicklung: Anton Maegerle, Rechtsterrorismus. Teil 1: Mosaiksteine rechtsterroristischer Gewalt, in: Tribüne (2000), Heft 153, S. 123-132.

am Wiederaufbau rechtsterroristischer Strukturen arbeitet. Der harte Kern der „Kameradschaft Süd“, der sich „Schutzgruppe“ nannte, bereitete sich regelmäßig auf Kampfeinsätze vor, mit dem Ziel, die demokratische Grundordnung Deutschlands durch Terroranschläge zu stürzen.

Konkret wirft die Staatsanwaltschaft der „Schutzgruppe“ um Wiese vor, einen Anschlag auf die Feier zur Grundsteinlegung für die neue Münchener Synagoge am 9. November 2003 geplant zu haben. Bei der Durchsuchung fanden sich bei einem Mitglied zudem Hinweise auf eine Beobachtung des SPD-Spitzenkandidaten, Franz Maget, bei der bayerischen Landtagswahl 2003. Bei der „Kameradschaft Süd“ handelt es sich um eine nur regional aktive Gruppe. Die Polizei konnte bei ihren Ermittlungen keine Indizien finden, die den Versuch des Aufbaus bundesweiter rechtsterroristischer Strukturen erkennen lassen. Die geplanten Aktionen des harten Kerns der „Kameradschaft Süd“ fanden bei den meisten Neonationalsozialisten kaum Zuspruch. Die Mehrheit der Vertreter des Spektrums hält Gewalt für kontraproduktiv, um größeren Zuspruch für nationalsozialistische Ideen in der Bevölkerung zu bekommen. Vor allem die neonationalsozialistischen Skinheads tragen eine stärkere Gewaltneigung in die Szene hinein. Auch das Gesicht des Zentralereignisses der Szene, des „Rudolf-Heß-Gedenktags“, prägen inzwischen Skinheads. Durch den Zulauf von Skinheads wandelten sich einige „Kameradschaften“ von Stammtischclubs in Schlägertrupps.

3.2. Skinheads

Vor allem im Osten der Republik sind die Überschneidungsbereiche von rechtsextremen Skinheads und neonationalsozialistischem Spektrum groß. Besonders bei Demonstrationen stellen Skinheads ein beliebtes Rekrutierungspotential der „Nationalen

Opposition“ dar. Die Funktion als militante „Speerspitze“ einer rechtsextremen „Volksfront“ war der Bewegung der Skinheads aber nicht in die Wiege gelegt. Die Skinhead-Bewegung kam in Großbritannien Ende der sechziger Jahre auf. Die überwiegend aus Arbeiterhaushalten stammenden Jugendlichen wollten sich von der als bürgerlich wahrgenommenen Hippie-Bewegung abgrenzen. Waren die Haare der Hippies lang, so jene der Skinheads kurzgeschoren. Im Gegensatz zum androgynen Look der Hippies setzen die Skinheads auf eine betont männliche Erscheinungsweise. Die „Uniform“ des Skinheads besteht idealtypisch aus einer Bomberjacke, Jeans, einem karierten Hemd und Doc-Martens- oder Springer-Stiefeln. Bis in die achtziger Jahre spielten politische Motive in der Szene eine untergeordnete Rolle. Zu den Ritualen der Skinheads gehörten Schlägereien nach Fußballspielen, exzessive Alkoholfeten und Konzertbesuche bei Ska-Bands. Skinheads stammen häufig aus sozialen Randgruppen. Ungeordnete Familienverhältnisse, Misserfolge in Schule und Ausbildung, Perspektivlosigkeit und mangelnde Anerkennung durch die Gesellschaft sind Gründe dafür, dass sie sich zusammenschließen, um Schwächen des Einzelnen auszugleichen und Stärke in der Gruppe zu finden.⁶⁶

Ein Fanal für die Skinszene waren 1985 zwei Morde an Hamburger Türken durch Skinheads. Ein bedeutender Teil der unpolitischen Skins wandte sich von der Szene ab, für rechtsextreme Skins hatten die Taten von Hamburg dagegen Vorbildfunktion. So sang „Commando Pernod“, die zeitweilig beliebteste Band der

66 Vgl. zur Entwicklung der Skinhead-Szene: Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen, *Skinheads*, München 1993; Klaus Farin (Hrsg.), *Die Skins. Mythos und Realität*, Berlin 1997; Christian Menhorn, *Skinheads: Portrait einer Subkultur*, Baden-Baden 2001; Robert Mischkowitz, *Fremdenfeindliche Gewalt und Skinheads. Eine Literaturanalyse und Bestandsaufnahme polizeilicher Maßnahmen*, Wiesbaden 1994.

Szene: „Wir lösen das Kanakenproblem, das ist doch klar, genauso wie es damals ´85 geschah“.⁶⁷ Im Zuge der Radikalisierung eines Teils der Szene nach rechts reagierte ein anderer Teil unter der Flagge „Sharp“-Skins (Sharp ist die Abkürzung für Skinheads against racial prejudice) mit demonstrativer Gegnerschaft zu den rechtsextremen „Boneheads“, ein Teil gar unter dem Banner „Redskins“ mit der Hinwendung zu den militanten Autonomen. Die Skinheadszene besteht im Kern aus jungen Männern unter 25. Weniger als 15 Prozent der Skins sind Frauen. Rund 85 Prozent der gewaltbereiten Rechtsextremisten sind laut dem Bundesverfassungsschutz Skinheads.

Tabelle 7: Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten 1993-2004

Jahr	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Zahl	5.600	5.400	6.200	6.400	7.600	8.200
Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Zahl	9.000	9.700	10.400	10.700	10.000	stagnierend

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes. Für 2004 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor. Diese werden erst mit der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes des Bundes im Mai 2005 bekannt gegeben. Die Angabe der Tendenz der Entwicklung beruht auf eigenen Einschätzungen.

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten verdoppelte sich nach der kurzzeitigen Verringerung durch die Verbotswelle seit 1994. Mehr als die Hälfte von ihnen lebt in den neuen Bundesländern, aber nur rund 20 Prozent der deutschen Bürger. In kleinen ostdeutschen Kommunen erscheint es daher bisweilen, als würden

⁶⁷ „Commando Pernod“ zitiert nach Menhorn (Anm. 66), S. 150.

die Schlägertrupps „den öffentlichen Raum vollständig beherrschen“.⁶⁸ Die Gewalt aus den Reihen der rechtsextremen Skinheads erfolgt überwiegend spontan, von langer Hand geplante Anschläge sind selten. Die meisten rechtsextremistischen Skinheads sympathisieren stärker mit neonationalsozialistischem Gedankengut als mit dem Deutsch-Nationalismus von REP und DVU. Die Neigung zur Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigt sich bereits in der Namensgebung zahlreicher einschlägiger Skinhead-Bands: „Endsieg“, „Heimatfront“, „Herrenrasse“, „Kraft durch Froide“, „Sturmtruppen“, „Wehrwolf“. Die meisten rechtsextremistischen Skinheads sind in keiner Organisation. Ab und an gibt es in der Szene Versuche, dies zu ändern. So gründeten Allgäuer Skinheads 1995 den Verein „Skinheads Allgäu e.V.“. Dessen Ziel war die Pflege der „Skinheadkultur“ durch Vorträge, Diskussionen und Konzerte sowie die Übernahme von Anwaltskosten und Darlehen für bedürftige Skinheads. Der bayrische Innenminister verbot den Verein bereits nach einem Jahr wegen verfassungswidriger Ausrichtung.

Auf internationaler Ebene strebten die 1986 in den USA gegründeten neonationalsozialistischen „Hammerskins“, die Anhänger unter anderem in Deutschland, Frankreich, Italien, Tschechien und der Schweiz haben, eine Vereinigung aller „weißen“ Kräfte in einer „Hammerskin-Nation“. Allerdings haben die „Hammerskins“ kaum Einfluss auf die deutsche Skinhead-Szene. Mehr Erfolg hat die ebenfalls neonationalsozialistische Vereinigung

⁶⁸ Bernd Wagner, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin 1998, S. 7. Vgl. zur Situation in den ostdeutschen Kommunen auch: Wilhelm Heitmeyer, Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bestandsaufnahme, Präventionsstrategien und Modellprojekte gegen rechtsextremistische Jugendgewalt, Berlin 2000, S. 32-52; Burkhard Schröder, Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek 1997.

„Blood & Honour“, die seit 1995 mit wachsendem Erfolg ihre Parolen in Deutschland verbreitet. Ian Stuart Donaldson, der Sänger der neonationalsozialistischen Skinhead-Band „Skrewdriver“, gründete die Bewegung in Großbritannien. Ihre Hauptstützpunkte hatte die Bewegung in Sachsen und Berlin. Beschränkte sich „Blood & Honour“ lange Zeit auf die Vermarktung rechtsextremer Skinhead-Musik und die Teilnahme an Demonstrationen, rief ein Aktivist unter dem Pseudonym „Max Hammer“ seine Gesinnungsgenossen auf der Internet-Homepage der Bewegung im Juli 2000 zum bewaffneten Kampf auf. Angestrebt wurde dabei die Zusammenarbeit mit der englischen Terrorgruppe „Combat 18“.⁶⁹

Die militanten, neonationalsozialistischen Skinheads sehen von den rechtsextremen Parteien in Deutschland einzig die NPD als national an, REP und DVU gelten dagegen als zu lasch. „Blood & Honour“ begrüßte daher Doppelmitgliedschaften in ihrer Organisation und der NPD. Mitte September 2000 wurden die deutsche Sektion von „Blood & Honour“ und deren Jugendorganisation „White Youth“ von Bundesinnenminister Schily verboten. Auch nach dem Verbot betreibt ein Teil der Aktivisten die Organisation illegal weiter.

⁶⁹ Die Zahl 18 steht gemäß der Stellung der Buchstaben A und H im Alphabet für Adolf Hitler. „Combat 18“ heißt somit im Klartext „Kampfgruppe Adolf Hitler“.

4. Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2004

4.1. Die NPD und die Landtagswahlen in Sachsen

Trotz der Einstellung des Verbotsverfahrens schien die NPD Anfang 2004 eher geschwächt als gestärkt.⁷⁰ Die Zahl der Mitglieder sank auf 5.000 und nach dem kostspieligen Verbotsverfahren hatte die Partei erhebliche finanzielle Probleme. Der sächsische Landesverband schrumpfte seit 1998 von 1.400 Mitgliedern auf 800. Hatte die NPD 2003 an keiner Wahl teilgenommen, startete sie 2004 den vollmundig angekündigten „Kampf um die Parlamente“. Im Februar 2004 blieb sie bei den Landtagswahlen in Hamburg mit 0,3 Prozent noch im Promillebereich, in dem sie seit Jahren dahindümpelte. Das Ergebnis der NPD bei den Europawahlen 2004 mit 0,9 Prozent war kein Erfolg, aber die Partei hatte ihren Stimmenanteil gegenüber den vorherigen Europawahlen immerhin mehr als verdoppelt. Aufhorchen ließ das Ergebnis in Sachsen: Die NPD erreichte – ungefähr gleichauf mit den REP – 3,3 Prozent der Stimmen. Das beste Ergebnis in einem westlichen Bundesland waren 1,7 Prozent im Saarland. Bei den parallel zu den Europawahlen stattfindenden Landtagswahlen in Thüringen erhöhte die NPD ihren Anteil auf 1,6 Prozent (1999: 0,2 Prozent). Bei den ebenfalls zeitgleichen Kommunalwahlen in Sachsen zeichnete sich ein nahender Durchbruch für die NPD in diesem Bundesland bereits ab. Vor allem in der Sächsischen Schweiz und mit Abstrichen im Erzgebirge erreichte die Partei ungewohnt ho-

⁷⁰ Vgl. Lars Flemming, Die NPD nach dem Verbotsverfahren – Der Weg aus der Bedeutungslosigkeit in die Bedeutungslosigkeit, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 16, Baden-Baden 2004, S. 144-154.

he Ergebnisse. In 50 Gemeinden Sachsens lagen die Anteile der NPD zwischen 15 und 23 Prozent. Es ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer Strategie, dass die NPD ihren Durchbruch in Sachsen schaffte. So verlegte die Partei die Redaktion des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ und das Hauptquartier der „Jungen Nationaldemokraten“ nach Sachsen. Zwei Dinge kamen bei den Landtagswahlen in Sachsen zusammen: Die NPD hatte einen für sie günstigen Nährboden geschaffen und die Rahmenbedingungen spielten der Partei in die Hände. Bereits bei den Landtagswahlen im Saarland am 5. September 2004 konnte die NPD erstmals stark von der Protestwelle gegen Hartz IV profitieren und erreichte vier Prozent der Stimmen.

Im sächsischen Wahlkampf verzichtete die Partei auf offen nationalsozialistische Parolen, obgleich der Wahlkampfstrategie Jens Pühse aus diesem Lager stammt. Dies war ganz im Sinne des Bundesvorsitzenden Udo Voigt, der im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ forderte: „Ich muss also immer erst durch meine Person und meine Argumente überzeugen und dann als ‚Aha-Erlebnis‘ die Katze aus dem Sack lassen und mich zur NPD bekennen.“⁷¹ Die Kampagne der NPD stellte ganz auf den Protest gegen Hartz IV ab. Der Schriftzug „Quittung für Hartz IV“ und eine Faust, die auf den Tisch haut, sowie der Slogan „NPD, Schnauze voll. Wahltag ist Zahhtag. Jetzt NPD!“ lockte Proteststimmen ins NPD-Lager. Weitere Themen der NPD waren die Forderung nach Diätenkürzungen von Politikern und die Schulpolitik.

Ihre ausländerfeindliche Ausrichtung verbarg die NPD mit Slogans wie „Grenze dicht für Lohndrücker“ nicht. Wer etwa das – zu 90 Prozent moderat formulierte – NPD-Faltblatt „Jugend!“ zu Ende las, stieß auf die unverhüllte Forderung, mittelfristig alle Ausländer aus Deutschland zu verbannen und bis zum Abschluss dieses Prozesses eine rassistische Trennung von Ausländern und

⁷¹ Deutsche Stimme 8/2003, S. 10.

Deutschen durchzuführen: „Wir fordern – die Einführung getrennter Schulklassen von Deutschen und Ausländern, solange die von uns geplante Ausländerrückführung noch nicht abgeschlossen ist, um die kulturelle Identität jeder Volksgruppe zu wahren.“⁷² Auf dem ebenfalls im sächsischen Landtagswahlkampf verbreiteten Faltblatt „Arbeit! Unser Ziel: Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit!“ forderte die NPD: „Ein nationales Arbeitsplatzsicherungsgesetz, das die Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften untersagt, so lange qualifizierte Deutsche arbeitslos sind“ und „Die Ausgliederung der ausländischen Arbeitskräfte aus der deutschen Sozialversicherung und Abschiebung von Ausländern, die länger als drei Monate arbeitslos sind“.⁷³ Die Kombination beider Forderungen – lässt kaum verschleiert – die Forderung der NPD nach einem ausländerfreien Deutschland durch die Abschiebung aller Ausländer erkennen.

In der „Deutschen Stimme“ formulierte Jürgen Gansel, später einer der NPD-Parlamentarier im sächsischen Landtag, offener als im Wahlkampf das endgültige Ziel der NPD: „Die historische Aufgabe der nationalen Opposition besteht heute darin, die sich formierende Volksbewegung mit allen Kräften zu unterstützen und diese in nationalistische Gesinnungsbahnen zu lenken. Dann stürzt nicht nur die SPD-Regierung, sondern die ganze BRD.“⁷⁴

Mit 9,2 Prozent der Stimmen gelangte die NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen erstmals nach 36 Jahren wieder in ein Landesparlament. Hatte sie in den sechziger Jahren noch eine deutsch-nationalistische Orientierung, verfolgt sie nun einen nationalsozialistischen Kurs. Erstmals nach dem Verbot der „Sozia-

⁷² NPD-Faltblatt, Jugend! Unser Ziel: Arbeit und Erziehung durch Einbettung in die Gemeinschaft, o.O. o.J. (Berlin 2004).

⁷³ NPD-Faltblatt, Arbeit! Unser Ziel: Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit!, o.O. o.J. (Berlin 2004).

⁷⁴ Gansel (Anm. 18).

listischen Reichspartei“ 1952 konnte damit eine Partei mit starken Anlehnungen an die nationalsozialistische Programmatik einen Wahlerfolg feiern. Diesen begünstigte, dass die NPD sich nicht gegen rechtsextreme Konkurrenz durchsetzen musste. Die DVU trat in Sachsen aufgrund des Wahlabkommens mit der NPD nicht zur Landtagswahl an. Die Landesvorsitzende der sächsischen REP zog die Kandidatur der Partei kurz vor der Wahl zurück.

Die sächsische Landtagsfraktion und der Bundesvorstand der NPD sind eng miteinander verflochten. Fünf der zwölf Landtagsabgeordneten sitzen zugleich im Bundesvorstand: Holger Apfel, Alexander Delle, Jürgen Gansel, Jürgen Schön und Uwe Leichsenring. An der Fraktionsspitze steht Apfel, der seit 2001 auch Chefredakteur der NPD-Monatszeitschrift „Deutsche Stimme“ ist. Die DVU machte häufig dadurch von sich reden, dass sie einfach gestrickte Menschen ins Parlament schickte, die sich leicht von Freys Münchener Parteizentrale fernsteuern ließen. Für die NPD zieht dagegen ein Teil der Partielite in den sächsischen Landtag ein. Die Vorstandsmitglieder um Apfel sind darin geübt, politische Reden zu halten und Schriften zu formulieren. Ließ Frey ab und an Artikel aus der „Nationalzeitung“ in Landtagen holprig verlesen, sendet die NPD mit Apfel und Gansel Redakteure des Parteiorgans ins Parlament.

Zugleich bemüht sich die NPD um eine längerfristige Verankerung in Sachsen. So ziehen für sie mit dem Arzt Johannes Müller und dem Fahrlehrer – und NPD-Vorstandsmitglied – Uwe Leichsenring Angehörige des bürgerlichen Milieus der Sächsischen Schweiz ins Parlament ein. Leichsenring hatte bei den Kommunalwahlen im sächsischen Königstein im Mai 2004 ein Wahlergebnis von 21 Prozent für die NPD erreicht. Dabei macht er aus seiner Verfassungsfeindlichkeit keinen Hehl und pflegte Kontakte zur inzwischen verbotenen rechtsextremistischen Schlagertruppe „Skinheads Sächsische Schweiz“, die sich provokant

SSS abkürzten. Olaf Vahrenhold, Leiter der Abteilung Rechts- und Linksextremismus beim sächsischen Verfassungsschutz, urteilte, in Städten wie Königstein sei die NPD „in der Mitte der Gesellschaft angekommen“.⁷⁵

Als „Brücke“ vom Rand in die Mitte der Gesellschaft dienen dabei Personen wie der in seinem Umfeld beliebte Klempnermeister und NPD-Funktionär Michael Jacobi, dessen zwei Söhne Mitglieder der SSS waren und in dessen Garage sich bei einer Polizeirazzia eine alte Panzerfaust fand.⁷⁶ In Rheinhardtsdorf-Schöna, einem 2000 Einwohner großen Ort, kennt nahezu jeder Jacobi. Zwischen dem Eindruck des durch die Medien vermittelten rechtsextremen „Krawallpolitikers“ und dem sympathischen Auftreten rechtsextremer Kandidaten entstand – nicht nur – in diesem Fall eine Kluft.⁷⁷ Weil das Umfeld der Person dadurch die Medien nicht mehr als glaubwürdig wahrnimmt, erhöht dies die Gefahr, dass die Warnungen vor den rechtsextremen Politikgehalten als bloße Propaganda der „Etablierten“ abgetan wird. So erreichte Jacobi in Rheinhardtsdorf-Schöna bei den sächsischen Kommunalwahlen das Rekordergebnis von 25,2 Prozent.

Die demokratischen Parteien im sächsischen Landtag tun sich schwer im Umgang mit der NPD. Nach dem Einzug der zwölf NPD-Abgeordneten in den Landtag sorgte es für Aufsehen, dass ihr Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten im ersten und zweiten Wahlgang je 14 Stimmen erhielt. Somit hatten zumindest zwei Vertreter anderer Parteien für den NPD-Kandidaten gestimmt. Seither konzentrierte sich der Blick bei politischen Ab-

⁷⁵ Olaf Vahrenhold zitiert nach Annette Ramelsberger, Bereit sein für den Aufstand Ost, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. September 2004.

⁷⁶ Vgl. ebd.

⁷⁷ Eindrücke der Stimmung in Rheinhardtsdorf-Schöna vermittelt folgender Artikel: Frank Kassner, Braune Nester. Die Sächsische Schweiz ist die Hochburg der NPD, in: Welt vom 21. September 2004.

stimmungen allzu sehr darauf, ob die NPD nicht wieder mehr als zwölf Stimmen auf sich vereinen könnte. Die Partei erlangt auf diese Weise eine Aufmerksamkeit, die ihr nicht gebührt.

Zu einem ersten großen Eklat um die NPD kam es im sächsischen Landtag im Januar 2005. Der NPD-Parlamentarier Jürgen Gansel bezeichnete in einer Rede die Bombardierung Dresdens 1945 als „Bomben-Holocaust“. Damit stellte der NPD-Parlamentarier – im Sinne der Sprachregelung der NPD und des neonationalsozialistischen Spektrums – die Bombardierung Dresdens auf eine Stufe mit dem von Nationalsozialisten initiierten Mord an Millionen europäischer Juden. Zugleich machte er klar, dass die Schuld für den Angriff auf Dresden aus Sicht der NPD nicht auf die deutsche Bombardierung englischer Städte wie Coventry zurückzuführen sei. Holger Apfel bezeichnete in seiner teils schreiend vorgetragenen Rede die Alliierten gegen das nationalsozialistische Deutschland als „Massenmörder“, die auch heutzutage „Gangsterkomplizen“ seien.⁷⁸ Die große Mehrheit der Parlamentarier der anderen Parteien zogen aus Protest gegen die Reden von Gansel und Apfel zeitweilig aus dem Plenum aus. Dies wirkte angesichts der dreisten Geschichtsklitterung von Apfel und Gansel recht hilflos. Die Gelegenheit hätte etwa dazu genutzt werden können, die NPD-Parlamentarier mit Fragen nach ihrer Haltung zum Mord an den europäischen Juden in die argumentative Enge zu treiben.

⁷⁸ Holger Apfel und Jürgen Gansel zitiert nach: Empörung über Holocaust-Vergleich. NPD-Skandal in Dresden, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-337958,00.html> (Stand: 15. Februar 2005).

4.2. Die DVU und die Landtagswahlen in Brandenburg

Die DVU befand sich Anfang 2004 in einer schlechten Lage. Obgleich die DVU offiziell keine Absprache über einen Verzicht auf eine Teilnahme an der Europawahl 2004 aushandelte, nahm sie nicht teil. Der Grund dürfte ohnehin nicht Rücksicht auf den rechtsextremen Konkurrenten, sondern vielmehr mangelnde Gelder für einen nationalen Wahlkampf bei fehlenden Erfolgsaussichten gewesen sein. Die Brandenburger Landtagswahlen waren seit langem die ersten, zu denen die DVU antreten wollte. Nur im Brandenburger Landtag ist die Partei in Fraktionsstärke in einem Landtag vertreten. Das Wahlergebnis bei der Brandenburger Landtagswahl 2004 hatte für die DVU somit grundlegende Bedeutung. Der Charakter des DVU-Wahlkampfprogramms war populistisch. Beispielhaft sind folgende Forderungen: „Korrupte Politiker wie Bankräuber bestrafen“, „Gegen teure Ausbildung von noch mehr Akademikern, für die kein Bedarf besteht“, „Wiedereinführung der Zuchthausstrafe“, „Volksbefragung über Einführung der Todesstrafe bei Kindesmord“, „Rückkehr der harten DM – Euro ist Teuro“, „Die Türkei kommt nicht in die EU!“, „Für Senkung überhöhter Steuern, Abgaben und Gebühren“, „Schulklassen und Kindergärten vor Überfremdung schützen“.⁷⁹ Die Wähler sahen sich somit einem DVU-Wahlprogramm gegenüber, bei dem zumindest die Überschriften – „Gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau“, „Schutz vor Kriminalität“, „Für deutsche Interessen“, „Mehr Freiheit des Bürgers verwirklichen“ und „Endlich soziale Gerechtigkeit“ – so formuliert waren, dass große Teile der Bevölkerung ihnen beipflichten könnten.

Der Schwerpunkt der Wahlwerbung der DVU in Brandenburg lag wie jener der NPD in Sachsen in der Mobilisierung des Protests

⁷⁹ DVU-Wahlprogramm Brandenburg 2004.

gegen Hartz IV. Der Hauptslogan lautete: „Sauerei Hartz IV, wehrt Euch.“ Folgendermaßen rief der stellvertretende DVU-Bundesvorsitzende Bruno Wetzel bereits im Sommer 2004 zur Teilnahme an den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV auf: „Wer es sich nicht mehr bieten lassen will, dass unser Geld für alle möglichen fremden Interessen verschleudert wird, während die eigenen Leute in Not und Elend geraten, der nimmt jetzt an den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV teil!“⁸⁰

Im Wahlkampf grenzte sich die DVU so von den anderen brandenburgischen Parteien ab: „Alle haben sie bei Hartz IV mitgemacht: GRÖKOZ (Größte Koalition aller Zeiten)!“⁸¹ Um Protestwähler von der PDS, die im Wahlkampf ebenfalls Front gegen Hartz IV machte, zu sich hinüberzuziehen, setzte die DVU hinzu: „Da soll mal einer erklären, was denn in Mecklenburg-Vorpommern dadurch besser geworden ist, dass die PDS dort mit in der Regierung sitzt! Und in Berlin, wo die PDS im Senat sitzt, läuft der Sozialabbau besonders brutal.“⁸²

Die Parolen stießen auf fruchtbaren Boden. Hatte wenige Monate vor der Wahl niemand der DVU den Wiedereinzug in den Brandenburger Landtag vorhergesagt, schwemmte sie die Protestwelle gegen Hartz IV mit 6,1 Prozent der Stimmen erneut ins Parlament. Dies ist ein Erfolg für die DVU. Obgleich im Unterschied zur Wahl 1999 NPD und REP nicht in Konkurrenz zur DVU standen und die Rahmenbedingungen noch günstiger waren als bei den vorherigen Wahlen, war der Zugewinn mit 0,8 Prozentpunkten nicht sonderlich groß. Die NPD steigerte im Vergleich dazu ihren Wähleranteil in Sachsen gegenüber der vorherigen

⁸⁰ <http://www.dvu.de/archiv2004.html> (Stand: 22. November 2004).

⁸¹ Vgl. Die Wut wächst. Der Wahltag kommt, <http://www.dvu-brandenburg.de/html/landtagswahl2004.htm> (Stand: 22. November 2004).

⁸² Ebd.

Landtagswahl von 1,4 Prozent auf 9,2 Prozent. Die parlamentarische Präsenz der DVU in diesem Bundesland hat sich also nicht erkennbar positiv auf das Wahlergebnis ausgewirkt.

Nach dem Wiedereinzug in den Brandenburger Landtag sorgte die DVU – wie die NPD in Sachsen – für Furore, weil ihre Kandidaten bei Parlamentabstimmungen mehr als die sechs Stimmen der DVU-Fraktionsmitglieder erhielten. So wollten elf Parlamentsmitglieder die DVU-Fraktionsvorsitzende Hesselbarth in der G-10-Kommission vertreten sehen, die für sensible Sicherheitsfragen wie das Anzapfen von Telefonleitungen verantwortlich ist.⁸³ Ob die fünf Stimmen aus CDU, PDS oder SPD kamen und welche Motive der Wahl zu Grunde liegen, ist unbekannt. Eine Parallele zum Eklat im sächsischen Landtag ist in Brandenburg nicht zu erwarten. Die DVU-Parlamentarier dürften kaum derart radikale Parolen ins Parlament hineinbrüllen wie der NPD-Fraktionschef Holger Apfel.

⁸³ Vgl. Arne Boeker, Misslung Abseitsfalle, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. November 2004.

5. Ursachen der Wahl rechtsextremistischer Parteien

5.1. Politische Unzufriedenheit

Ein wichtiger Erklärungsfaktor für den Erfolg extremistischer Parteien ist die Unzufriedenheit mit dem politischen System des demokratischen Verfassungsstaats und mit dem Verhalten demokratischer Parteien. Aus den Überlegungen des Politikwissenschaftlers Max Kaase ergibt sich, dass ein Umschlag der Unzufriedenheit in politischen Protest nur dann zu erwarten ist, wenn: 1. ein nennenswerter Teil der Bevölkerung unzufrieden ist, 2. dem Staat die Verantwortung für die Unzufriedenheit zugeschrieben wird und 3. die Leistungen in einem Bereich als unbefriedigend bewertet werden, der für den Einzelnen große Bedeutung hat.⁸⁴

Eine verbreitete politische Unzufriedenheit führt aber nur dann zum Aufschwung bestimmter extremistischer Parteien, wenn es diesen gelingt, den Strom des Missbehagens über die Politik demokratischer Parteien auf ihre Mühlen zu leiten. Auf der Wählerseite setzt dies voraus, dass zur politischen Unzufriedenheit eine ideologische Zuneigung zu den Zielen einer extremistischen Partei tritt. Auch tatsächliche oder vermeintliche programmatische Defizite demokratischer Parteien in unterschiedlichen Politikfeldern können die Annahme begünstigen, dass bestimmte extremistische Parteien bessere Lösungen haben. So trugen tatsächliche oder vermeintliche Mängel in der Asylpolitik zum Erfolg rechtsextremistischer Parteien in den 80er Jahren bei, während 2004 tat-

⁸⁴ Vgl. Max Kaase, Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, in: Peter Graf Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, S. 182.

sächliche oder vermeintliche Mängel in der Arbeits- und Sozialpolitik Anteil am Erfolg der DVU und der NPD in Sachsen und Brandenburg haben.

5.2. Sympathie für rechtsextreme Ideologie

Den rechtsextremen Parteien gelingt es gewöhnlich nur, weite Teile des rechtsextremen Potentials zu mobilisieren, wenn dieses zugleich mit der SPD wie den Unionsparteien unzufrieden ist. Diese Ausgangssituation war vor dem Hintergrund der Protestwelle gegen Hartz IV gegeben. Obgleich die CDU als Oppositionspartei im Bund nicht direkt für Hartz IV verantwortlich zeichnet, wird sie von den Wählern als Befürworter und Mitverantwortlicher der Reform wahrgenommen. Die Analyse der Wählerschaft rechtsextremer Parteien in der Vergangenheit zeigte in der Regel, dass eine große Mehrheit ihrer Wähler diesen Parteien ihre Stimme wegen ihrer Haltung auf dem Feld der Ausländerpolitik gegeben hatten. Bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen gab dagegen eine Mehrheit der DVU- und NPD-Wähler ihre Stimme für diese Parteien ab, weil sie sich im Unterschied zu den anderen Parteien – mit Ausnahme der PDS – offensiv gegen Hartz IV positionierten.⁸⁵ Die Fruchtbarkeit der Kampagne der rechtsextremen Parteien gegen Hartz IV zeigte sich am überdurchschnittlichen Zuspruch von Arbeitslosen, von denen viele direkt von der Neuregelung betroffen sind. In Sachsen wählten nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen 16 Prozent der Arbeitslosen NPD, in Brandenburg 13 Prozent die DVU.⁸⁶

⁸⁵ Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Wer wählt warum rechtsextremistisch? Sozialstruktur und Motivation der Wähler von DVU, NPD und REP im Vergleich, in: Mut (2004), S. 63.

⁸⁶ Vgl. NPD und DVU profitieren vom Protest. Analyse der Forschungsgruppe Wahlen zu den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg,

Unter Wählern, die sich sozial benachteiligt fühlen, kann die NPD-Propaganda einer „Volksgemeinschaft“, die alle Fremden zugunsten der „Volksgenossen“ ausschließt, auf fruchtbaren Boden fallen. Dies bedeutet keineswegs, dass die Mehrheit der NPD-Wähler in Sachsen der Partei vorrangig aus ideologischen Motiven ihre Stimme gab, aber es dürfte sich auch nicht nur um „unideologisches Protestpotenzial“⁸⁷ handeln. Die empirischen Untersuchungen zur Wählerschaft rechtsextremer Parteien – vor allem durch Kai Arzheimer, Jürgen Falter und Markus Klein – legen stets nahe, „dass die Wähler der deutschen Rechtsparteien in ihrer übergroßen Mehrheit selbst rechtsextreme Einstellungen aufweisen“.⁸⁸ So stimmten zwischen 1994 und 2002 etwa 61 Prozent der Wähler von NPD, DVU und REP der Aussage zu „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“, unter allen Wählern waren es dagegen „nur“ 12 Prozent. Es handelt sich dabei um eine Aussage, die mit einiger Sicherheit unideologische Protestwähler von rechtsextremen Ideologiewählern scheiden kann. Der – hart formulierten – Aussage „Anschläge auf Asylbewerberheime kann ich gut verstehen“ stimmten immerhin noch 31 Prozent der Wähler von NPD, DVU und REP zu, dagegen nur vier Prozent unter allen Wählern.⁸⁹

In Deutschland hat ein bedeutsamer Anteil der Wählerschaft rechtsextremistische Anschauungen. Die Einschätzungen auf der Basis repräsentativer Umfragen liegen zwischen sechs und 17

<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/6/0,1872,2194630,00.html> (Stand: 21. November 2004).

⁸⁷ Viola Neu, Landtagswahl in Sachsen am 19.9.2004, Berlin 2004 (KAS-Onlinepublikation), S. 7.

⁸⁸ Ebd., Wahlen und Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 76.

⁸⁹ Vgl. Arzheimer (Anm. 88), S. 76.

Prozent.⁹⁰ Im Vergleich zu westdeutschen Jugendlichen neigen ostdeutsche Jugendliche weit häufiger zu einer Verharmlosung des Nationalsozialismus wie zu rechtsextremen Vorstellungen. So konnten sich nach den Ergebnissen des Meinungsforschungsinstituts Forsa vor der Bundestagswahl 1998 neun Prozent der deutschen Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren vorstellen, eine rechtsextreme Partei zu wählen. In Westdeutschland waren es rund sieben Prozent der Jugendlichen, in Ostdeutschland aber 17 Prozent. In der gleichen Umfrage befanden 23 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen, die Idee des Nationalsozialismus sei gar nicht so schlecht gewesen.⁹¹

Vor allem junge Männer neigten in Brandenburg und Sachsen zur Wahl rechtsextremistischer Parteien. Die NPD ist in Sachsen mit 21 Prozent in der Altersgruppe der 18-24-jährigen Männer die zweitstärkste Partei hinter der CDU. Die DVU wählten in Brandenburg in dieser Altersgruppe 15 Prozent.⁹² In der Gruppe der Wähler unter 35 mit Hauptschulabschluss erhielt die NPD sogar 26 Prozent.⁹³ Unter den über 60jährigen erreichte die DVU in Brandenburg dagegen lediglich zwei Prozent, die NPD in Sachsen

⁹⁰ Vgl. Werner Bergmann, Wie viele Deutsche sind rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch? Ergebnisse der empirischen Forschung von 1990 bis 2000, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Frankfurt a.M. 2001, S. 41-60; Kailitz (Anm. 5), S. 184-195.

⁹¹ Forsa-Umfrage von 1998 paraphrasiert nach: Werner Weidenfeld, Geschichte und Identität, in: Karl-Rudolf Korte/ders. (Hrsg.), Deutschland – Trendbuch. Fakten und Orientierungen, Opladen 2001, S. 41.

⁹² Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahlen in Sachsen am 19. September 2004, Berlin 2004.

⁹³ Vgl. NPD und DVU profitieren vom Protest (Anm. 86).

drei Prozent.⁹⁴ Der hohe Anteil älterer Männer unter den NPD-Wählern in den sechziger Jahren führte zu der Prognose, das Problem rechtsextremer Wahlerfolge könne sich biologisch erledigen.⁹⁵ Dies traf – wie sich später zeigte – nicht zu. Der heutige hohe Anteil junger Wähler könnte dagegen Befürchtungen nähren, der Anteil der Wähler rechtsextremer Parteien steige künftig noch an. Für eine solche Annahme fehlt aber der sichere Boden, weil die Personengruppe, die 2004 die Altersgruppe 18-24 Jahre in Brandenburg und Sachsen stellt, keineswegs zwangsläufig in zwanzig Jahren noch rechtextrem wählt. Das heißt, der heutige Anteil der rechtsextremen Wähler ermöglicht keine Vorhersage wie hoch der Anteil rechtsextremer Wähler in der Altersgruppe 38 bis 44 Jahre in zwanzig Jahren sein wird.

5.3. Soziale Umbrüche

Die Wahl rechtsextremer Parteien im Kern mit Sympathien für rechtsextreme Ideologien in einem Teil der Bevölkerung zu erklären, verlagert die Frage nach der Ursache des rechtsextremen Wahlerfolgs auf die Frage nach den Ursachen für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen. Die Sozialwissenschaftler Erwin Scheuch und Hans Dieter Klingemann bezeichneten den politischen Extremismus als eine „normale Pathologie“ der freiheitlichen Industriegesellschaft. Der Extremismus wurzelte für sie in dem hohen Maß an sozialer Mobilität, das massenhaften sozialen Auf- und Abstieg von Menschen mit sich brächte. Der stetige

⁹⁴ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahlen in Sachsen am 19. September 2004, Berlin 2004; Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahlen in Brandenburg am 19. September 2004, Berlin 2004.

⁹⁵ Vgl. Klaus Liepelt, Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift 7 (1967), S. 237-271.

Wandel der Lebensbedingungen gehe einher mit der fortwährenden Notwendigkeit des Wandels eigener Einstellungen.⁹⁶ Das hohe Maß an Flexibilität, das eine Marktwirtschaft von den Menschen erwartet, gilt aus dieser Perspektive als Nährboden extremistischer Einstellungen bei einem Teil der Bevölkerung. Diese Menschen wenden sich demnach extremistischen Ideen zu, weil sie einfache Scheinlösungen auf die immer komplexeren Probleme moderner Industriegesellschaften anbieten.

Nach der deutschen Einheit zogen Sozialwissenschaftler den sogenannten „Modernisierungsoffer“-Ansatz schnell zur Erklärung rechtsextremistischer Einstellungen in Ostdeutschland heran. Bereits 1991, als laut Meinungsumfragen rechtsextremistische Einstellungen im Osten Deutschlands nicht verbreiteter waren als im Westen, galten Wilhelm Heitmeyer die Umwälzungen infolge der deutschen Einheit als spezifische Ursachen rechtsextremistischer Einstellungen Ostdeutscher.⁹⁷ Die Zerstörung sozialer Lebenszusammenhänge wie die Auflösung von familiären und beruflichen Strukturen habe zu Verunsicherungen und Ohnmachtserfahrungen geführt, die das Bedürfnis nach einem klaren „Freund-Feind-Bild“ verstärkten. Dieses biete der Nationalismus, der suggeriere, eine nationale Gemeinschaft fange den Einzelnen auf, wenn er aus seinen Bindungen falle.

96 Vgl. Erwin K. Scheuch/Hans Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12 (1967), S. 11-29.

97 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Der Eisberg im Osten. Zu den Ursachen des jugendlichen Rechtsradikalismus und der wachsenden Gewaltbereitschaft in den neuen Bundesländern, in: die tageszeitung vom 18. Juni 1991.

5.4. Autoritäre Reaktion auf libertäre Entwicklung

Da „Modernisierungsoffer“ nicht zwangsläufig zu Rechtsextremisten werden, sind weitere Faktoren in Rechnung zu stellen. Die Organisation der Interessen der Anhänger postmaterieller Werte führte zum Aufstieg der grünen Parteien in den westlichen Demokratien. Schon am Anfang dieser Entwicklung sah Scott Flanagan 1979 eine neue Konfliktlinie in den europäischen Parteiensystemen aufbrechen. Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen nannte er „libertär“. Diesen stünden einerseits die Gefolgsleute materialistischer, andererseits jene autoritärer Werte gegenüber.⁹⁸

Diese These hat sich inzwischen in der Parteiensystemforschung weitgehend durchgesetzt. Es wird somit von einem zweidimensionalen Parteienwettbewerb mit den Konfliktlinien „sozialistisch vs. kapitalistisch“ und „libertär vs. autoritär“ ausgegangen.⁹⁹ Der Grund für den Aufbruch der neuen Konfliktlinie lag für Flanagan – und dies schlägt einen Bogen zu den Überlegungen von Scheuch und Klingemann – in einem sozio-ökonomischen Strukturwandel von der klassischen Industriegesellschaft zu einer globalisierten postindustriellen Gesellschaft, die eine Zunahme von Möglichkeiten und Gefahren mit sich bringe. Die Öffnung hin zu libertären Werten gilt dabei ebenso als Reaktion auf die moderne „Risikogesellschaft“¹⁰⁰ wie die Schutzsuche bei autoritären Werten. Unter „Modernisierungsgewinnern“ neigen weit mehr

98 Vgl. Scott Flanagan, Value Change and Partisan Change in Japan. The Silent Revolution Revisited, in: Comparative Politics 11 (1979), S. 253-278.

99 Vgl. u.a. Kitschelt (Anm. 7); Oskar Niedermayer, Parteiensystem, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 268.

¹⁰⁰Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986.

Menschen zu libertären Werten, unter „Modernisierungsverlierern“ finden sich weit häufiger autoritäre Werte. Aber natürlich gibt es auch Modernisierungsgewinner mit autoritären Werten und Modernisierungsverlierer mit libertären Werten.

Die rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Parteien befriedigen die Nachfrage der Bürger nach autoritären Werten und setzen den Selbstentfaltungswerten der „postmateriellen“ grünen Parteien traditionelle Tugenden wie Pflicht, Gehorsam, Autorität, Disziplin und Ordnung entgegen. Ihr Entstehen wurzelt für den italienischen Politikwissenschaftler Piero Ignazi darin, dass die etablierten linken Parteien durch die Konkurrenz von Parteien der „Neuen Linken“ eine Kursänderung in Richtung Postmaterialismus vollzogen hätten. Aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach materialistischer Politik sei nun eine Lücke im Parteiensystem entstanden, die von den rechtspopulistischen Parteien gefüllt worden sei.¹⁰¹ Aus dieser Perspektive spiegelte sich für Forscher wie Konrad Schacht in rechtsextremen Wahlerfolgen der achtziger und neunziger Jahre ein „materialistischer Protest der Unterschichten, die durch dieses Wahlverhalten Benachteiligungsgefühle zum Ausdruck bringen wollen, die von den etablierten Parteien nicht [mehr] zureichend berücksichtigt wurden“.¹⁰²

Diese Erklärung scheint beim Blick auf die Wählerschaft von DVU und NPD in Brandenburg und Sachsen einiges für sich zu haben. Zugleich handelt es sich auch um einen autoritären Protest gegen libertäre Forderungen wie Toleranz gegenüber ethnischen Minderheiten und nichtkonformistischen Lebensweisen. Fremden

101Vgl. Piero Ignazi, *The Silent Counter-Revolution. Hypotheses on the emergence of extreme right parties in Europe*, in: *European Journal of Political Research* 22 (1992), S. 3-34.

102Konrad Schacht, *Gesellschaftliche Modernisierung, Wertewandel und rechtsextremistische Orientierungen*, in: *Argumente gegen den Hass. Über Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus*. Band. II: Textsammlung, Bonn 1993, S. 129.

und Nichtkonformisten soll aus dieser Sicht nicht tolerant und libertär, sondern intolerant und autoritär entgegengetreten werden. Unter allen Wählern war in Brandenburg und Sachsen jeweils nur für sieben Prozent die Ausländerpolitik ein wahlentscheidendes Thema. Unter den Wählern der DVU in Brandenburg waren es dagegen 31 Prozent und unter den Wählern der NPD in Sachsen sogar 38 Prozent. Das Thema Ausländerpolitik ist damit – obgleich es erstmals unter den rechtsextremen Wählern in Deutschland nicht als das mehrheitlich als wahlentscheidend genannte Thema auftritt – noch immer als charakteristisch für diese Wählergruppe anzusehen. Bei keinem anderen Thema ist die Differenz zwischen den Anteilen aller Wähler, für die das Thema wahlentscheidend war, und den NPD-Wählern – 24 Prozentpunkte in Brandenburg und 31 in Sachsen – annähernd so groß wie bei der Ausländerpolitik.¹⁰³

¹⁰³ Vgl. Infratest, Brandenburg (Anm. 94); Infratest, Sachsen (Anm. 94).

6. Auf dem Weg zur rechtsextremen „Volksfront“?

6.1. Verhältnis der NPD zur DVU

Das 2004 geschlossene Bündnis zwischen NPD und DVU ist keine Neuheit, sondern nur eine Neubelebung. Nach der Gründung der DVU 1987 arbeitete diese zunächst eng mit der NPD zusammen. In Bremen zog 1987 ein Wahlbündnis beider Parteien in die Bürgerschaft ein. Auch bei der Europawahl 1989 und bei der Bundestagswahl 1990 traten DVU und NPD gemeinsam an. Weil das Bündnis damals weit hinter dem Stimmenanteil der REP zurückblieb, marschierten beide Parteien von da an getrennt.

Im folgenden Jahrzehnt distanzierten sich die Parteien voneinander. Dies lag vor allem an der ideologischen Radikalisierung der NPD in Richtung Neonationalsozialismus. Angesichts der im Promillebereich liegenden Wahlergebnisse der NPD erschien ein Bündnis mit ihr zudem als kaum lohnend. Frey versuchte nun Absprachen mit den ideologisch näher stehenden und erfolgreicherem REP zu treffen. Die REP haben die Absprache, bei Wahlen nicht gleichzeitig anzutreten, durch ihr Antreten bei den Landtagswahlen in Hamburg 2002 gebrochen. In den letzten Jahren zeigte sich zugleich bereits ab und an eine erneute Annäherung an die NPD und ihr Umfeld. So marschierten im thüringischen Erfurt im März 2003 Angehörige von DVU auf einer vom Neonationalsozialisten Christian Worch organisierten Demonstration Schulter an Schulter mit Angehörigen der NPD und von neonationalsozialistischen „Kameradschaften“.¹⁰⁴

¹⁰⁴Vgl. Frank Karmeyer, Die rechte Szene formiert sich neu, in: Thüringer Landzeitung vom 24. März 2003.

Im August 2003, fast ein Jahr vor den Europawahlen im Juni 2004, ergriff die NPD die Initiative und versuchte mit ihrem „Leipziger Appell“ ein Wahlbündnis mit dem Namen „Deutsche Liste für Europa“ mit der „Deutschen Partei“ (DP), der DVU und den REP anzubahnen.¹⁰⁵ Die REP antworteten nicht, DVU und DP zögerten. Zu dem Wahlbündnis kam es nicht. Die Initiative blieb dennoch nicht ohne Wirkung. Bei den zeitgleich mit den Europawahlen stattfindenden sächsischen Kommunalwahlen bildeten DP, DVU, NPD und REP gemeinsam das „Nationale Bündnis Dresden“. Weiterhin führte der „Appell“ zu einer Absprache der NPD mit der DVU, nach der die NPD nur bei den sächsischen, die DVU aber nur bei den brandenburgischen Landtagswahlen im September 2004 antreten sollte.

Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen übten Voigt und Frey auf dem NPD-Parteitag in Thüringen Geschlossenheit. Beide Parteien bleiben eigenständig, treten zu nationalen Wahlen aber künftig mit einer gemeinsamen Liste an. Listenführer ist bei der Bundestagswahl 2006 die NPD, bei der Europawahl 2009 die DVU. Bei Landtagswahlen wollen sich DVU und NPD künftig keine Konkurrenz mehr machen. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen 2005 tritt nur die NPD an. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (2006), in Bremen (2007), in Hamburg (2008), in Thüringen und Brandenburg (2009) kandidiert die DVU. Bei allen anderen Landtagswahlen bis 2009 lässt die DVU der NPD den Vortritt. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Thüringen und in einem ungenannten vierten Land sollen Vertreter der jeweils anderen Partei auf der Liste der antretenden Partei aufgenommen werden.

Nach dem Bündnis mit der revolutionär ausgerichteten NPD erscheint das formale Bekenntnis der DVU, fest zur demokratischen

¹⁰⁵Vgl. Leipziger Appell, in: Deutsche Stimme, 11/2003.

Grundordnung der Bundesrepublik zu stehen, widersinnig. Auf dem Parteitag der NPD 2004, an dem Frey als Ehrengast teilnahm, forderte NPD-Chef Voigt eine „nationale Revolution“ und attestierte dem Grundgesetz „Vorläufigkeitscharakter“. Nach dem Parteitag meinte Frey, dass „NPD und DVU gar nicht soweit auseinander liegen“.¹⁰⁶ Noch immer geht die Heuchelei der DVU so weit, dass auf der Internetseite der DVU neben der Unterstreichung des „Jas zum Grundgesetz“ sogar – unter der Berufung auf den sozialdemokratischen Juristen Gustav Radbruch – die Aufforderung steht: „Grundgesetztag feiern!“ Frey versuchte diesen grundlegenden Widerspruch zwischen DVU und NPD so zu überbrücken: „Wenn also jemand [gemeint sind NPD und „freie Kameradschaften“] eine neue freiheitliche und demokratische Verfassung befürwortet – die DVU ist, wie gesagt, ganz und gar für das Grundgesetz -, ist das jedenfalls kein Grund, sich in konkreten politischen Fragen auseinanderdividieren zu lassen.“¹⁰⁷ Freys Aussage, dass die NPD und die „Kameradschaften“ nach den Worten Freys auf eine „neue freiheitliche und demokratische Verfassung“ zielen, erscheint verräterisch. Sie macht deutlich, dass von ihm und der DVU das Grundgesetz nur deshalb befürwortet wird, weil es seiner Meinung nach die Möglichkeit der Umsetzung rechtsextremer Ziele bietet.

Frey dürfte durchaus bewusst sein, welches Wagnis er durch die Annäherung an die NPD und das neonationalsozialistische Spektrum eingeht. Er scheint aber zu glauben, die deutschnationale Wählerschaft durch verbale Nebelkerzen beruhigen zu können. So forderte Frey ausgerechnet angesichts des Wahlbündnisses mit

¹⁰⁶Udo Voigt und Gerhard Frey zitiert nach Claus-Peter Müller, Die Einheit von DVU und NPD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. November 2004.

¹⁰⁷Was planen die Rechten? Interview mit dem DVU-Vorsitzenden Dr. Frey, http://www.dvu.de/Interview_Frey.html (Stand: 9. Dezember 2004).

der NPD: „Wir müssen einen größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus halten. Wir haben damit nichts zu tun.“¹⁰⁸ NPD-Chef Udo Voigt widersprach mit seiner Aussage, der „historische Nationalsozialismus“ sei tot, aber „nationalen Sozialisten“ stehe es frei, zur NPD zu kommen. Von der Presse auf den Versuch der NPD angesprochen, das neonationalsozialistische Spektrum zu integrieren, wich Frey aus und erklärte – während das neue Bundesvorstandsmitglied der NPD, Heise, im Raum anwesend war – er kenne „diesen Heise oder Weise“¹⁰⁹ gar nicht. Dies war angesichts der breiten Medienaufmerksamkeit für den Neonationalsozialisten Heise im Vorfeld des NPD-Parteitags keine geschickte Lüge des Zeitungsverlegers.

Vor dem Bündnis mit der NPD war die DVU durch die absolutistische Parteiführung Freys und dessen Unterordnung von politischen Interessen unter Geschäftsinteressen in eine Isolation im rechtsextremen Lager geraten. Das Bündnis mit der NPD durchbricht diese Isolation. In dem Bündnis mit der NPD erscheint die DVU aber nur als Juniorpartner.

6.2. Verhältnis der NPD zu Neonationalsozialisten und Skinheads

Seit der ideologischen Radikalisierung der NPD in Richtung Neonationalsozialismus ist die Partei im Kern ein Teil des neonationalsozialistischen Spektrums. Für die Neonationalsozialisten

¹⁰⁸Gerhard Frey zitiert nach: Vorbestrafter Neonazi in NPD-Vorstand gewählt, Spiegel-Online vom 31. Oktober 2004, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,325840,00html> (Stand: 24. November 2004).

¹⁰⁹Zitate von Frey und Voigt nach Matthias Gebauer/Yassin Musharbash, NPD und DVU gemeinsam gegen die Republik, in: Der Spiegel vom 31. Oktober 2004.

stellte die zunehmende Einwirkung auf den Kurs der JN und der NPD einen bedeutenden Erfolg dar. Über die Parteistrukturen und die Finanzen der NPD erfahren neonationalsozialistische Parolen inzwischen eine größere Verbreitung als über die „kameradschaftlichen“ Kleinstgruppen. Der NPD gelang es aber keineswegs alle Neonationalsozialisten in die Partei einzubinden. Einem Teil der „Kameradschaften“ ist die Partei ideologisch noch immer nicht radikal genug.

Im Zuge des Verbotsverfahrens gegen die NPD litten zeitweilig die Beziehungen zu den „freien Kameradschaften“. Für den Parteitag 2002 kündigten die rund 700 militanten NPD-Anhänger um den im Dezember 2001 aus der Partei ausgeschlossenen Steffen Hupka einen Sturz von Udo Voigt an, der ihnen als zu lasch galt. Die „Revolutionäre Plattform“ konnte aber keinen Gegenkandidaten aufstellen. Im Januar 2002 löste sie sich auf. Eine Abwanderung des militanten Flügels aus der NPD schien zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich.

Die Einstellung des Verbotsverfahrens entspannte aber das Verhältnis zwischen NPD und dem neonationalsozialistischen Spektrum. Im Sommer 2004 verteilte die NPD zusammen mit Angehörigen nationalsozialistischer „Kameradschaften“ im Rahmen der „Aktion Schulhof“ 25.000 kostenlose CDs mit rechtsextremer Musik an Jugendliche. Unter der Anleitung von Jens Pühse, der einen der ersten rechtsextremistischen Musikverlage und -vertriebe in Deutschland aufbaute, folgte die NPD damit dem Motto des großen Idols der nationalsozialistischen Skinheadszenen Ian Stuart Donaldson: „Eine Gruppe zu hören, die man gut findet, macht viel mehr Spaß als eine politische Versammlung.“¹¹⁰

¹¹⁰Ian Stuart Donaldson zitiert nach Toralf Staud, Der braune Pop. Die Wahlerfolge von NPD und DVU in Ostdeutschland lassen sich nicht allein mit Protest erklären, in: Zeit vom 23. September 2004.

Immer stärker buhlte die Partei um die Einbindung von Führungsfiguren der neonationalsozialistischen Szene. Von diesen soll ein Sog ausgehen, der beträchtliche Teile der mehr als 3.000 parteilich ungebundenen Nationalsozialisten in die Partei zieht.

Kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen gaben sich Thorsten Heise, Ralph Tegethoff und Thomas „Steiner“ Wulff, der Umarmung der NPD hin. Thorsten Heise war Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ und ist wegen schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch verurteilt. Der wegen Volksverhetzung verurteilte Wulff führte die verbotene „Nationale Liste“ an. Gerade von Wulffs Beitritt könnte Signalwirkung ausgehen, da er in Norddeutschland an der Seite von Christian Worch jene Neonationalsozialisten um sich gesammelt hatte, denen die NPD als zu lasch galt.¹¹¹ Der Eintritt der nationalsozialistischen Hardliner war der Parteiführung so wichtig, dass der Parteivorsitzende Udo Voigt und der sächsische Spitzenkandidat Holger Apfel die Gespräche führten.

Der NPD-Parteivorstand feierte den Beitritt mit einer Erklärung unter der Parole „Volksfront statt Gruppenegoismus“.¹¹² Diese Erklärung warb einseitig um Nationalsozialisten, nicht um Deutsch-Nationale. So hieß es etwa: „In den letzten Monaten fanden viele vertrauensbildende Maßnahmen und konstruktive Gespräche zwischen führenden Vertretern freier Nationalisten und der NPD statt, und wir hoffen, mit der zusammenfassenden Klarstellung manche Vorbehalte aus dem Weg zu räumen.“¹¹³

¹¹¹Vgl. Claudia Sanders, Die NPD als Sammelbecken für Neonazis, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/zeitfunk/000916.html> (Stand: 9. Dezember 2004).

¹¹²Zitiert nach <http://www.eine-bewegung-werden.de/volksfront.htm> (Stand: 20. November 2004).

¹¹³Ebd.

Das neonationalsozialistische Spektrum ist noch immer gespalten in seiner Haltung zur NPD. Ein Teil akzeptiert sie als parteipolitischen Arm des Spektrums, ein anderer Teil lehnt sie als zu „lasch“ ab. Die drei Neuzugänge aus der „Kameradschaftsszene“ verstehen sich selbst als Brücke zwischen NPD und den Kameradschaften. In einem Aufruf nennen sie ihren Beitritt als ein „Zeichen der Annäherung in die Partei und als vertrauensbildendes Signal an die freien Kräfte“. Auf einer eigens eingerichteten Internetseite, auf der die „freien Kräfte“ zur Kontaktaufnahme aufgerufen werden, äußert Heise die Hoffnung „mit dieser Scharnierfunktion einen wichtigen Ausgleich, gerade in der frühen Anfangszeit dieser Entwicklung [zur Volksfront], schaffen zu können“.¹¹⁴ Im Dezember 2004 begann die NPD auch Worch, den Anführer der NPD-Kritiker in der neonationalsozialistischen Szene, zu umgarnen. Das NPD-Präsidium erklärte die Abgrenzungsbeschlüsse gegen Steffen Hupka und Christian Worch für aufgehoben. Worch erklärte daraufhin seinen Anhängern: „Damit ist für mich das wesentliche Hindernis für eine eventuelle neuerliche Zusammenarbeit mit der NPD entfallen.“ Zunächst werde diese Zusammenarbeit aber noch eher „punktuelle Züge tragen“.¹¹⁵

Alle drei Neumitglieder aus der neonationalsozialistischen Szene kandidierten für den Bundesvorstand. Tegethoff und Wulff zogen ihre Kandidatur aber aus taktischen Gründen zurück. Die Absprache führte dazu, dass Heise als verbliebener Kandidat aus dem Kreis der neonationalsozialistischen „Kameradschaften“ die Stimmen von 64,7 Prozent der Delegierten des NPD-

¹¹⁴Thomas Wulff, Wo bitte geht's zur Volksfront?!, auf: <http://www.einebewegung-werden.de/wobittegehts.htm> (Stand: 2. Dezember 2004).

¹¹⁵Christian Worch, <http://www.freier-widerstand.net/text.php?id=185> (Stand: 4. Januar 2005).

Bundesparteitag auf sich vereinen konnte.¹¹⁶ Dieses eher maue Ergebnis zeigte, dass die verstärkte Hinwendung zu Neonationalsozialisten nicht auf ungeteilte Begeisterung in der Partei stößt. Der gegenüber der Einbindung der Neonationalsozialisten skeptische Flügel der NPD wird jedoch durch das Bündnis mit der DVU bei der Stange gehalten. Aus unterschiedlichen Gründen eint so eine große Mehrheit der Partei das von Voigt vorgegebene Streben nach einer „Volksfront von rechts“. Dies zeigte die Wiederwahl Voigts durch 88 Prozent der Delegierten des NPD-Parteitags 2004.

Der Wille, auch die militant eingestellten Neonationalsozialisten in die NPD einzubinden, zeigte etwa der Parteieintritt Norman Bordins, des Vorgängers von Wiese als Führer der „Kameradschaft Süd“ im Oktober 2004. Bordin ist unter anderem wegen Körperverletzung vorbestraft. Die Einbindung ehemaliger Gewalttäter ist ohnehin nicht neu bei der NPD. Zum Bundesvorstand gehört Manfred Börm, der Anführer des NPD-Ordnerdienstes. Er wurde wegen eines gemeinsamen Überfalls mit anderen Mitgliedern der rechtsterroristischen Vereinigung „Wehrwolf-Untergrund-Organisation“ auf das NATO-Lager Bergen-Hohe 1978 verurteilt. Auf der Kandidatenliste bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Februar 2005 standen einige Personen, die wegen rechtsextremistischer Gewaltdelikte vorbestraft sind. Dies sind unter anderem Heinrich Förster, stellvertretender Vorsitzender der NPD in Schleswig-Holstein, der 1993 wegen versuchten Mordes an Asylbewerbern angeklagt und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er gehörte 1992 zu den Anstiftern eines Überfalls von 30 Skinheads auf ein Asylbewerberheim. Peter von

¹¹⁶ Vgl. Vorbestrafter Neonazi in NPD-Vorstand gewählt, Spiegel-Online vom 31. Oktober 2004, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,325840,00html> (Stand: 24. November 2004).

der Born, Führer einer lokalen „Kameradschaft“, ist mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft.

Skinheads sind skeptisch gegenüber Parteien, auch wenn sie rechtsextrem ausgerichtet sind. Der NPD ist es aber inzwischen gelungen zumindest einen Teil der rechtsextremen Skinheads an sich zu binden. Besonders die Anwerbung von Musikern aus Skinheadbands dient als Brücke in die NPD. So wurde der 1995 aus der Skinhead-Band „Noie Werte“ ausgeschiedene Gitarrist Michael Wendland zunächst Landesvorsitzender der JN in Baden-Württemberg und ab April 1998 NPD-Landesvorsitzender. Mit Michael Regener, dem Sänger der neonationalsozialistischen Skinheadband „Landser“ konnte die NPD im Oktober 2004 eine Identifikationsfigur der rechtsextremen Skinheadszone an sich binden. Die Mitglieder der Band „Landser“ wurden erst 2003 wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt.

6.3. Verhältnis der REP zu NPD und DVU

2004 verschlechterte sich die – ohnehin inzwischen recht miserable – Lage der REP im rechtsextremistischen Lager weiter. Die rechtsextremen Konkurrenten NPD und DVU zogen in Landesparlamente ein und übten demonstrativ den Schulterschluss, die REP können dagegen keine Erfolge vorweisen. Dabei schienen die REP in Sachsen bei der Europawahl 2004 erstmals seit der deutschen Einheit im Osten Deutschlands einen Fuß auf den Boden zu bringen. Mit 3,4 Prozent der Stimmen lagen sie ungefähr gleichauf mit der NPD. Bei der Landtagswahl in Sachsen rechneten sich die REP daher Chancen aus. Die Liste war aufgestellt, die notwendigen Unterschriften erbracht. Einen Tag vor Fristende Mitte Juli zog die REP-Landesvorsitzende Kerstin Lorenz aber die Liste ohne Zustimmung des Bundesvorstands und des Landesvorstandes zurück. Daraufhin wurde ein Ausschussverfahren

gegen sie eingeleitet.¹¹⁷ Einen Tag vor der Landtagswahl in Sachsen trat Lorenz in die NPD ein. Die REP streuten daraufhin die Vermutung, die Aktion, sei von langer Hand geplant gewesen. Unabhängig davon, ob dies zutrifft: Erst der Nichtantritt der REP in Sachsen machte den Wahlerfolg der NPD in dieser Höhe möglich.¹¹⁸ Inzwischen wurden bedeutende Teile des sächsischen REP-Verbandes aus der Partei verbannt, weil sie eine Kooperation mit der NPD wollten.¹¹⁹

Würde NPD-Chef Voigt die REP gerne in die rechte „Volksfront“ einbeziehen, stellt Schlierer auch nach den Landtagswahlen 2004 in Brandenburg und Sachsen klar: „Wir Republikaner stehen für die Bildung einer ‚nationalen Volksfront‘ auch in Zukunft nicht zur Verfügung“.¹²⁰ Ein bedeutender Teil der Mitglieder der REP sieht dies anders. Alfred Dagenbach, Ex-Landtagsabgeordneter der REP in Baden-Württemberg, sammelte im Vorfeld des Parteitags Ende November 2004 Unterschriften, um die Aufhebung der „Ruhrstorfer Beschlüsse“ zu erreichen, die „jegliche Zusammenarbeit mit NPD oder DVU kategorisch“¹²¹ ausschließen. Nachdem Christian Käs und seine Gefolgsleute, die eine stärkere Kooperation mit den anderen rechtsextremen Parteien befürworteten, aus der Partei abwanderten, befindet sich der Teil der REP

¹¹⁷Neuer Landesvorsitzender der REP wurde der Chemnitzer REP-Stadtrat Martin Kohlmann.

¹¹⁸Vgl. Republikaner kritisieren NPD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. September 2004.

¹¹⁹Vgl. Sehr rechts gegen noch weiter rechts, in: die tageszeitung vom 3. November 2004.

¹²⁰Rolf Schlierer zitiert nach Tomas Sager, REP-Mitglieder wollen die parteioffiziellen Abgrenzungsbeschlüsse nach rechts aufheben, in: blick nach rechts (2004), Heft 24, <http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe242004/neueimpulse/p/skin/print> (Stand: 23. November 2004).

¹²¹„Ruhrstorfer Beschlüsse“ zitiert nach ebd.

aber bundesweit in der Minderheit. So verabschiedete der Bundesparteitag der REP im November 2004 formell eine Resolution, in der die Beteiligung an einer „brauen Volksfront“ aus NPD, DVU und militanten Neonationalsozialisten abgelehnt wurde.

Als Alternative zu dem Bündnis um die NPD strebt Schlierer ein Bündnis mit der „Deutschen Partei“ (DP) und der DSU an. Das Bündnis soll eine „seriöse und demokratische Alternative der Parteien „rechts von der Union“ sein, in Abgrenzung zu den Parteien, „die diesen Staat und die Demokratie beseitigen wollen, um ein ‚Viertes Reich‘ zu errichten“.¹²² Bei DP und DSU handelt es sich um konservative Kleinstparteien. Ob diese beiden bedeutungslosen Splittergruppen sich zu einem Bündnis mit den REP bereit finden, erscheint eher unerheblich. Parlamentssitze für die REP werden durch diese Bündnispartner nämlich nicht wahrscheinlicher. Bei der Europawahl 2004 erreichte die DP 0,2 Prozent, die DSU bei der sächsischen Landtagswahl 0,5 Prozent.

Franz Schönhuber, Schlierers Vorgänger als Parteivorsitzender der REP, verbündete sich derweil im Januar 2005 medienwirksam mit der NPD, ohne Mitglied zu werden. Er vereinbarte mit Udo Voigt, der NPD als medien- und europapolitischer Berater zur Verfügung zu stehen. Die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen plant bereits Schönhuber als Gastredner zum Thema Europapolitik auftreten zu lassen.¹²³ Weiterhin bekam er eine feste Kolumne im NPD-Parteiblatt „Deutsche Stimme“. Die NPD dürfte sich erhoffen, dass Schönhuber eine Leitwolf-Funktion entfaltet und bedeutende Teile der REP in ihre Partei zieht. Damit dürfte sie dessen verbliebene Ausstrahlungskraft in der Partei überschätzen.

¹²²Rolf Schlierer zitiert nach REP-Chef eröffnet zweite Volksfront, in: die tageszeitung vom 2. November 2004.

¹²³Vgl. Schönhuber-Consulting für NPD, in: die tageszeitung vom 5. Januar 2005.

Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt behauptet, „dass sich immer mehr Republikaner von der Spaltungspolitik der Schliererführung abwenden und mittlerweile in Scharen die gemeinsame Sache für Deutschland“, sprich die NPD, stärken.¹²⁴ Nach beträchtlichen Teilen der sächsischen Mitgliedschaft ging den REP aber inzwischen auch die Mehrheit des Hamburger Landesverbands an die NPD verloren. Anfang Januar 2005 verkündete der Hamburger Landesvorstand der „Republikaner“ seine Auflösung und einen geschlossenen Übertritt des Landesvorstandes wie vieler Mitglieder zur NPD. Der gesamte Landesverband bestand allerdings ohnehin nur noch aus rund 50 Mitgliedern. Zusammen mit REP-Funktionären aus Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen initiierte der Ex-Landesvorstand der Hamburger REP den Aufruf „Hamburger Signal!“ Darin werden in den Fußstapfen des „Leipziger Appells“ der NPD „[a]lle Patrioten“ beschworen, „in der schicksalsträchtigen Phase des Überlebenskampfes unseres Volkes [...], an „einem Strang zu ziehen.“¹²⁵ Die Haltung gegenüber der Bundesführung der REP beschreibt Thomas Nissen, der ehemalige Landesvorsitzende der Hamburger REP und einer der Hauptinitiatoren des „Hamburger Signals“ so: „Die Partei REP ist durch die plattmachenden Maßnahmen gegenüber den Nord- und Mitte-Verbänden heute bereits keine wirkliche Bundespartei mehr, nur noch im süddeutschen Raum präsent.“¹²⁶ Nissen be-

¹²⁴Udo Voigt zitiert nach Unabhängige Republikaner in der NPD, <http://www.d-direkt-deutschland.de/rep1.htm> (Stand: 20. Februar 2005).

¹²⁵Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, „Republikaner“ in Hamburg lösen sich auf und treten zur NPD über, <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/inneres/landesamt-fuer-verfassungsschutz/aktuelles/ reps-in-hh-loesen-sich-auf-treten-zur-npd-artikel.html> (Stand: 20. Februar 2005).

¹²⁶Thomas Nissen, Grußbotschaft für Versammlung in München am 23.01.2005, <http://www.d-direkt-deutschland.de/rep1.htm> (Stand: 20. Februar 2005).

hauptete Ende Januar, dass bis dahin bereits 700 Personen das „Hamburger Signal“ durch ihre Unterschrift unterstützt hätten. Zu den Unterstützern zählen die ehemaligen niedersächsischen – Landesvorsitzenden Peter Lauer und Karl-Ingo Welke sowie der ehemalige Landesvorsitzende von Brandenburg, Harri Wittstock.

Tatsächlich erscheint eine Spaltung der REP durchaus möglich, bei der sich in Ostdeutschland und eventuell auch in Norddeutschland weitere Landesverbände in die Arme der NPD flüchten. Nach dem eher dürftigen Wahlergebnis der NPD in Schleswig-Holstein und dem vorhersehbaren Ausbleiben des Wahlerfolgs in Nordrhein-Westfalen dürfte die „Volksfront“-Euphorie eines bedeutenden Teils der REP allerdings wieder etwas nachlassen. Kandidaten für den Übertritt sind ohnehin nur die bereits ausgebluteten REP-Landesverbände. So haben die REP in Schleswig-Holstein noch 60 Mitglieder, in Brandenburg noch 50.

7. Schlussbetrachtung

Mit Blick auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Ideologie von NPD, DVU, REP, parteilich ungebundenen Neonationalsozialisten und Skinheads führt die Studie zu folgendem Ergebnis: Das gemeinsame ideologische Kernelement aller rechtsextremistischen Organisationen ist die Fremdenfeindlichkeit.¹²⁷ Sie hat den früher vorherrschenden Antisemitismus abgelöst. So wie in der Zeit zwischen dem Erstem und Zweitem Weltkrieg die meisten rechtsextremen Parteien die Schuld an allen Übeln der Welt dem „Judentum“ in die Schuhe schoben, beschuldigen die rechtsextremen Parteien Ausländer und alle ihnen fremd erscheinenden Bürger, dass alle Probleme der Gesellschaft wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnungsnot und steigende Sozialkosten auf ihre Anwesenheit zurückzuführen sei. An oberster Stelle der Unbeliebtheitsskala stehen die Asylbewerber. Rechtsextremisten eint daher die Forderung nach einer Abschaffung des so genannten „Asylparagraphen“ 16 a) des Grundgesetzes. Die fundamentale Gegnerschaft gegen eine weitere Zuwanderung dürfte der Programmpunkt sein, der den rechtsextremistischen Parteien am ehesten Wählerstimmen einbringt. Die gemeinsame Wunschvorstellung rechtsextremer Parteien ist eine ethnisch homogene Gemeinschaft, in der die als fremd und störend wahrgenommen Menschen keinen Platz finden sollen.

¹²⁷Vgl. u.a. Rachel K. Gibson, *The Growth of Anti-Immigrant Parties In Western Europe*, Lewiston 2002; Roger Karapin, *Far-Right Parties and the Construction of Immigration Issues in Germany*, in: Martin Schain/Aristide Zolberg/Patrick Hossay (Hrsg.), *Shadows Over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*, New York 2002, S. 187-219; Bettina Westle/Oskar Niedermeyer, *Contemporary Right-Wing Extremism in West-Germany. The Republicans and their Electorate*, in: *European Journal of Political Research* 22 (1992), S. 83-100.

Mit ihrer antikapitalistischen Positionierung unterscheidet sich die NPD deutlich von den REP und den meisten neueren rechtsextremistischen Parteien in Westeuropa wie dem „Front National“. Im Unterschied zu einer im ideologischen Kern neonationalsozialistischen Partei wie der NPD befürworten die REP deutlich die Marktwirtschaft. Die DVU ist – wie in anderen Bereichen – recht konturlos, was ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung angeht. In dem einseitigen Parteiprogramm finden sich zu diesem bedeutsamen Punkt keine Aussagen. Die sozialpopulistischen Wahlkampfparolen ähneln allerdings jenen der NPD.

Vor allem bei der NPD und der neonationalsozialistischen Szene, mit Abstrichen auch bei der DVU, ließ sich in den letzten Jahren ein gewisser Wandel der programmatischen Konturen beobachten. Die Betonung sozialer Probleme rückte zunehmend in den Vordergrund. Die „linke Kritik von rechts“¹²⁸ reichte bei der NPD zeitweilig bis hin zur Wiederbelebung des Nationalbolschewismus.¹²⁹ Auch die neonationalsozialistischen „autonomen“ Kameradschaften intonierten zunehmend „antikapitalistische“ Parolen. Die scharfe Ablehnung von Hartz IV und die Parolen der NPD gegen „Sozialabbau, Rentenklau und Korruption“ sind keineswegs bloß „Teil sehr geschickter Sozial-Mimikry für das Wahlvolk“, dem „man den wahren Charakter der NPD (noch) nicht glaubt zumuten zu können“.¹³⁰ Die Parolen stehen in einem eindeutigen Zusammenhang mit dem Kernziel der NPD, der „Volksgemeinschaft“. Sozialistische und nationalistische Parolen

¹²⁸Oliver Geldszus, Die linke Kritik von rechts. Parteien: DVU und NPD erkennen die politische Bedeutung der sozialen Frage, in: Junge Freiheit vom 24. Juli 1998.

¹²⁹Vgl. Jean Cremet, Eine „Partei neuen Typs“? Die NPD zwischen NS-Nostalgie und Nationalbolschewismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 45 (2000), S. 1079-1087.

¹³⁰„Anfang vom Ende des BRD-Systems“. Die Sozial-Mimikry der NPD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. September 2004.

fügen sich bei der NPD – wie schon bei der NSDAP – wie zwei Hälften eines Reißverschlusses zusammen.

Unterschiedlich fällt der Grad der Ablehnung der Demokratie in Deutschland durch Rechtsextremisten aus. Die NPD und das neonationalsozialistische Lager machen aus ihrer aggressiv antidemokratischen Haltung im Unterschied zu REP und DVU keinen Hehl. Die REP legen im Unterschied zur NPD keine aggressiv kämpferische Haltung gegen die Demokratie der Bundesrepublik an den Tag. Die DVU hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Das demonstrative Bekenntnis zum Grundgesetz bedeutet keine Befürwortung der deutschen Demokratie in ihrer heutigen Form. Für ein Hinarbeiten auf einen Umsturz der Demokratie gibt es bei dieser recht inaktiven Partei keine Anzeichen.

Das Bekenntnis der NPD, keine Gewalt nutzen zu wollen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen, erscheint als nur taktisch motiviert. Dies lässt sich den Parteiführungen der REP und der DVU nicht unterstellen. Diese Einstellung zur Gewalt ist ein Knackpunkt im Verhältnis von NPD, Neonationalsozialisten und Skinheads einerseits, der DVU andererseits. Die fehlende Abgrenzung der NPD zu gewaltbereiten Rechtsextremisten könnte dem Bündnis mit der DVU mittelfristig schaden. Sobald ein NPD-Mitglied eine rechtsextrem motivierte Straftat begeht und die Medien dies breit aufgreifen, wird es fraglich, ob das Bündnis mit der DVU hält.

Ohnehin erscheint das Bündnis von DVU und NPD zerbrechlich. Ob es bis zur Bundestagswahl 2006 hält, ist keineswegs sicher. Die ideologischen Unterschiede zwischen der DVU und der NPD sind durchaus beträchtlich. Außerdem dürfte es Frey schwer fallen, sich dem Führungsanspruch der NPD in der „Volksfront“ auf Dauer unterzuordnen. Ihm müsste eigentlich klar werden, dass die NPD-Funktionäre sich der DVU als „Steigbügelhalter“ in die

Parlamente bedienen möchten, ihn und seine „Phantompartei“ aber zugleich verachten.

Hat die „Volksfront von rechts“ 2006 eine Chance, in den Bundestag einzuziehen? Klaus-Peter Schöppner vom Meinungsforschungsinstitut Emnid verneint dies. Die Wähler von NPD und DVU seien nämlich „reine Protestwähler“.¹³¹ Dies dürfte jedoch nicht der entscheidende Grund sein. Der „harte Kern“ der Wähler mit einem geschlossen rechtsextremistischem Weltbild ist zwar klein. Der Anteil der Wähler mit rechtsextremen Einstellungen liegt aber bundesweit bei deutlich über fünf Prozent.¹³² Bislang war es aber stets so, dass die große Mehrheit jener, die rechtsextremistische Einstellungen hegten und politisch unzufrieden waren, dennoch mit großer Mehrheit für eine der demokratischen Parteien und nicht für eine rechtsextreme Partei stimmten.¹³³

Trotz des vorhandenen rechtsextremen Wählerpotentials gelang es zuletzt 1969 einer rechtsextremen Partei, in die Nähe der Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde zu gelangen. So lange es in der rechtsextremen Szene keinen Anziehungspunkt in Form eines charismatischen Führers gibt, dürften die Bürger mit rechtsextremen Einstellungen bei den Wahlen weiterhin „Flugsand“ bleiben, auf deren Stimmen die rechtsextremen Parteien keineswegs zwangsläufig zählen können.

Das Ergebnis der NPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Februar 2005 von 1,9 Prozent dürfte dafür sorgen, dass sich die Aufregung um die Wahlerfolge von NPD und DVU

¹³¹Zitiert nach: Demoskopien geben brauner Volksfront 2006 keine Chance, in: Welt vom 2. November 2004.

¹³²Nach den Ergebnissen von Viola Neu haben 0,7 Prozent der Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild und weitere 8,9 Prozent latent rechtsextreme Einstellungen. Vgl. Viola Neu, DVU – NPD: Perspektiven und Entwicklungen, Berlin 2004 (KAS-Arbeitspapier), S. 20.

¹³³Vgl. u.a. Arzheimer (Anm. 88), S. 79.

im September 2004 wieder etwas legt. Auch bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen spricht derzeit nichts für einen möglichen Einzug der NPD. Zu diesem Urteil trägt auch folgender Punkt bei: Anders als in Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein treten die REP mit einem vergleichsweise starken Landesverband bei diesen Landtagswahlen an. Aber selbst wenn das nicht so wäre, käme es in Nordrhein-Westfalen kaum zum Parlamentseinzug der NPD. Laut Infratest dimap betrug im Februar 2005 die addierten Anteile von DVU, NPD und REP bei einer repräsentativen Umfrage 3 Prozent.¹³⁴

Der Blick auf das Auf und Ab rechtsextremer Parteien seit den achtziger Jahren¹³⁵ sollte zu der Erkenntnis beitragen, dass die rechtsextremen Wahlerfolge in September 2004 nur neue „Strohfeuer“, nicht aber der Beginn eines rechtsextremen „Flächenbrands“ sind. Das bedeutet keineswegs, dass nicht auch in den nächsten Jahren bei der einen oder anderen Wahl eine rechtsextreme Partei ins Parlament einziehen wird. Eine nennenswerte Steigerung der Zahl rechtsextremer Parlamentsvertretungen durch das Wahlbündnis von DVU und NPD erscheint aber unwahrscheinlich. Es hätte in der Vergangenheit auf Bundes- und Landesebene keine einzige zusätzliche rechtsextreme Parlamentsvertretung gegeben, wenn die NPD seit dem Bestehen der DVU stets mit dieser in einem Wahlbündnis angetreten wäre.¹³⁶ Das – beendete – Wahlbündnis zwischen REP und DVU machte in dieser

¹³⁴Infratest dimap, Nordrhein-Westfalen-Trend – Februar 2005, <http://www.infratest-dimap.de/politik/nrw-trend/> (Stand: 26. Februar 2005).

¹³⁵Siehe dazu Kapitel 2 dieser Studie.

¹³⁶Vgl. dazu die aufschlussreiche Übersicht in Neu (Anm. 132), S. 10.

Hinsicht mehr Sinn. In Hamburg wäre ein solches Wahlbündnis 1993 und 1997 wohl erfolgreich gewesen.¹³⁷

Vorausgesetzt, es entwickelt sich vor der Bundestagswahl 2006 keine gesellschaftliche Diskussion, die in ähnlichem Maße wie die Auseinandersetzung um Hartz IV geeignet ist, mit rechtsextremen Gedankengut sympathisierende Bürger zur Wahl einer rechtsextremen Partei zu motivieren, hat das Wahlbündnis von NPD und DVU keine Chance, in den Bundestag einzuziehen. Wer prophezeit, dass die rechtsextremistischen Parteien 2006 deutlich mehr Stimmen gewinnen als 2002, lehnt sich allerdings kaum aus dem Fenster. Der addierte Stimmenanteil der rechtsextremistischen Parteien lag 2002 bei lediglich 0,5 Prozent. Das Bündnis von der DVU über die NPD bis hin zu nationalsozialistischen „Kameradschaften“ – so es 2006 noch besteht – kann dabei im Osten mit deutlich mehr Zuspruch rechnen als im Westen.

CDU/CSU und SPD müssen, auch wenn keine nennenswerte Gefahr besteht, dass die NPD 2006 in den Bundestag oder das rechtsextreme Bündnis aus NPD und DVU in den kommenden Jahren reihenweise in Landtage einzieht, versuchen, die Bürger mit rechtsextremen Einstellungen zu integrieren, dies darf allerdings keinesfalls durch inhaltliche Zugeständnisse an die rechtsextremistische Position in der Haltung gegenüber Ausländern erkaufte werden.

¹³⁷Die addierten Stimmanteile beider Parteien betragen 1993 7,6 Prozent der Stimmen und 1997 6,7 Prozent. Allein konnte dagegen weder REP noch DVU ins Parlament einziehen.

Der Autor

Dr. phil. habil. Steffen Kailitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur Politische Systeme, politische Institutionen der TU Chemnitz; Veröffentlichungen: Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“. What's right? What's left, Wiesbaden 2001; Politischer Extremismus in Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004; Schlüsselwerke der Politikwissenschaft (Hrsg. und Co-Autor), Wiesbaden 2005.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter AG Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: 030/269 96-503
E-Mail: ralf.baus@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin